Claudia Hiepel
Willy Brandt und Georges Pompidou

Studien zur Internationalen Geschichte

Herausgegeben von Wilfried Loth

und Eckart Conze,
Anselm Doering-Manteuffel, Jost Dülffer und
Jürgen Osterhammel

Band 29

Claudia Hiepel

Willy Brandt und Georges Pompidou

Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise

Oldenbourg Verlag München 2012

Die Autorin wurde für die vorliegende Studie mit dem Willy-Brandt-Preis 2011 zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Berlin) ausgezeichnet.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2012 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Tel: 0 89 / 4 50 51-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Titelbild: Horst Haitzinger „…etwas mehr Engagement, Monsieur Brandt“, Karikatur 1973.
Einbandgestaltung: hauser lacour
Konzept und Herstellung: Karl Dommer
Satz: primustype Hurler, Notzingen
Druck und Bindung: Memminger MedienCentrum, Memmingen

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706

ISBN 978-3-486-71287-2
eISBN 978-3-486-71361-9

Inhalt

I. Einleitung: Europäische Integration und deutsch-französischer Bilateralismus 1

II. Die Akteure: Willy Brandt, Georges Pompidou und Europa bis 1969 . . . 13

1. Willy Brandt, Frankreich und Europa 13
2. Georges Pompidou, Deutschland und Europa 25

III. „Relance européenne"? Die Gipfelkonferenz von Den Haag am 1. und 2. Dezember 1969 37

1. Pompidous Motive für seine europapolitische Öffnung 38
2. Die Reaktionen der europäischen Partner auf den Gipfelvorschlag . . 44
3. Die Wahlen in der Bundesrepublik als Voraussetzung für eine deutsch-französische Einigung 50
4. Gemeinschaftsgeist versus Partikularinteressen – die umstrittene GAP 52
5. Die Gipfelkonferenz 63
6. Zwischenbilanz 69

IV. Unter dem Zeichen des Triptychons: Die Post-Haager Jahre der Gemeinschaft bis zum Gipfeltreffen in Paris 1972 73

1. *Achèvement* – Vollendung des Agrarmarktes 73
2. *Approfondissement* – Vertiefung: Das Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) 85
   - 2.1. Warum überhaupt eine Wirtschafts- und Währungsunion? Zur Vorgeschichte der WWU 86
   - 2.2. Die Stufenpläne 93
   - 2.3. Die Arbeit des Werner-Komitees 96
   - 2.4. Die Bedeutung der WWU für Brandts Europapolitik 104
   - 2.5. Pompidous Veto 108
   - 2.6. Die Einigung auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen am 25. und 26. Januar 1971 113
3. *Élargissement* – Erweiterung: Die Verhandlungen zum Beitritt Großbritanniens 118
4. Erste Krisensymptome – die internationale Währungskrise und ihre Auswirkungen auf die Gemeinschaft 135
5. Zwischenbilanz 156

V. Welches Europa soll es sein? Europäische Politische Zusammenarbeit und Pompidous Europavorstellungen 161

1. Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) 161
2. Pompidous „Conféderation européenne“ 179

VI. Auf dem Weg zur Europäischen Union? Das Gipfeltreffen in Paris am 19. und 20. Oktober 1972 189

1. Prolog – Das französische Europareferendum vom 21. April 1972 . . . 189
2. Der lange Weg zum Gipfel 192
3. Das Gipfeltreffen 206
4. Zwischenbilanz 212

VII. Innere Stagnation und äußere Krise: Das schwierige Jahr 1973 217

1. Vom Scheitern eines „Königswegs“ – die Entwicklung der WWU . . . 217
2. EPZ als Ersatz für die WWU? Die Suche nach einer europäischen Stimme im „Year of Europe“ 230
3. *Relance* in der Krise? Der Weg zum Kopenhagener Gipfel vom 15. und 16. Dezember 1973 248
4. Zwischenbilanz und Perspektiven 279

VIII. „Rette sich wer kann“: Erosion der europäischen Solidarität am Ende der Ära Brandt – Pompidou 283

1. Frankreichs Austritt aus der Währungsschlange 284
2. USA oder Frankreich? Die Bundesrepublik zwischen deutsch-französischem Motor und atlantischer Orientierung 290
   2.1. Vom latenten zum offenen Konflikt: Die Energiekonferenz von Washington im Februar 1974 292
   2.2. Die Fortsetzung des europäisch-arabischen Dialogs 301
3. Quo vadis Europa? 306

IX. Fazit: Die Jahre 1969 bis 1974 – eine Scharnierphase der europäischen Integration 319

Nachwort 327
Abkürzungsverzeichnis 329
Quellen- und Literaturverzeichnis 331
Personenregister 345

I. Einleitung: Europäische Integration und deutsch-französischer Bilateralismus

Als sich im Jahr 2007 die Unterzeichnung der Römischen Verträge zum fünfzigsten Mal jährte, war dies Anlass für eine Reihe von wissenschaftlichen Konferenzen und Publikationen, die sich der Geschichte der europäischen Integration widmeten und eindrucksvoll die Breite der aktuellen historischen Forschung demonstrierten.[1] Zwar zeigt dies, dass die Geschichte der europäischen Einigung in der zeithistorischen Forschung immer mehr an Bedeutung gewinnt. Ein zentrales Thema der Zeitgeschichte ist sie dennoch nach wie vor nicht. Im Vergleich zu den Nachbardisziplinen der Geschichtswissenschaft – den Politik-, Wirtschafts- oder Rechtswissenschaften – lässt sich eine verzögerte und weniger intensive Forschungsaktivität konstatieren. Hat sich bei jenen mittlerweile rund um das Europa-Thema ein großer „Markt" etabliert, mit einer kaum mehr überschaubaren Fülle von Publikationen, Studiengängen, wissenschaftlichen Einrichtungen und Netzwerken zur Erforschung der Europäischen Union und ihrer Vorläufer, so hat die Integrationsgeschichte erst in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit in der deutschen Geschichtswissenschaft gefunden.[2] Die zeitliche Nähe zum Forschungsgegenstand mag als ein Grund angeführt werden können, der eine analytische Durchdringung des Gegenstandes mit Methoden und Instrumentarium der Geschichtswissenschaft erschwert. Er kann aber sicherlich nicht als der wesentliche oder einzige gelten. Schließlich ist es die Zeitgeschichte selber, die die historische Entwicklung des Integrationsprozesses im Nachkriegseuropa lange nicht als eigenständiges Thema wahrgenommen hat, sondern eher als Teilphänomen der internationalen Geschichte.[3] Ein gewichtigerer Grund ist in der noch nachwirkenden Dominanz des nationalen Paradigmas in der historischen Forschung zu sehen. Der europäische Integrationsprozess erschien gleichsam als Verlängerung nationaler Interessen auf europäischer Ebene, war aber kein Thema von eigenem Wert.[4] Hinzu kommt, dass das Themenfeld *Europa* und *europäische Integration* als Forschungsgegenstand inhaltlich und methodisch nicht klar umrissen ist. Die Bandbreite der Fragestellungen und methodischen Herangehensweisen ist groß, und

[1] Loth, Experiencing Europe. 50 Years of European Construction; Gehler, Vom Gemeinsamen Markt zur europäischen *Unionsbildung*; Bitsch, Cinquante ans de traité de Rome; Elvert/Nielsen-Sikora, Leitbild Europa.

[2] Mittag, Entdeckung der EU-Integrationsgeschichte, S. 251; Überblick über Publikationsreihen, Forschungseinrichtungen und Studienangebote bei Loth/Wessels, Auf dem Weg zur Integrationswissenschaft, S. 8; vgl. auch die weiteren Beiträge anderer Disziplinen, in: dies., Theorien europäischer Integration. Zur Historiographie in einzelnen europäischen Ländern (u. a. Frankreich und Deutschland) sowie auf europäischer Ebene Gehler, Was heißt „Europäistik".

[3] Vgl. Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990. Einer Fülle von zeithistorischen Arbeiten zur nationalen und internationalen Geschichte steht lediglich eine kleine Auswahl europahistorischer Forschungen gegenüber, vgl. S. 4–8 sowie 144–146; anders Metzler, Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, S. 235–250, die der europäischen Integration eine eigenständige Bedeutung als Thema der Zeitgeschichte beimisst.

[4] Zur Persistenz des nationalen Paradigmas in der Geschichtswissenschaft Conze, Nationale Vergangenheit und globale Zukunft.

entsprechend unterschiedlich fallen die Antworten darauf aus, wie europäische Geschichte überhaupt inhaltlich, geographisch, politisch oder kulturell zu fassen ist. Die Forschungen reichen vom klassisch nationalstaatlichen Ansatz, der Europa als Summe seiner nationalstaatlichen Geschichten versteht, bis hin zu einem kulturgeschichtlichen Ansatz, der Europa als ein Konstrukt betrachtet, das den politischen Integrationsprozess des Kontinents zeitlich und geographisch transzendiert.[5] Auch in aktuellen historischen Gesamtdarstellungen zu Europa wird der politische Einigungsprozess nur am Rande erwähnt.[6] Und recht unverhohlen kommen mitunter gar Ressentiments zum Ausdruck, die sich vor allem gegen die ‚real existierende' Integration Europas richten. Mit der negativen Perzeption der gegenwärtigen Europäischen Union als bürokratisches, intransparentes Gebilde, das nur in mühsamer Kompromissfindung die nach wie vor dominanten Partialinteressen austariert, wird zugleich ein ganzer Forschungszweig diskreditiert. Die Arbeiten zur europäischen Integrationsgeschichte pflegten einen engen Europabegriff, seien in ihren „Zugangsweisen zu konventionell" und in ihren „Ergebnissen zu banal".[7]

Die Beschäftigung mit der Geschichte des politischen europäischen Einigungsprozesses – im Französischen weniger missverständlich als *construction européenne* bezeichnet – entwickelte sich abseits vom Mainstream der Forschung in der Bundesrepublik.[8] Die Anfänge datieren in die späten sechziger bis frühen siebziger Jahre, die geprägt waren von historiographischen Glaubenskämpfen zwischen traditioneller (politikgeschichtlicher) Forschung und einer als modern perzipierten Sozialgeschichte um Methoden und grundsätzliche Orientierungen der Disziplin, wozu auch die Frage nach der Suprematie von Innen- oder Außenpolitik zählte.[9] Die europäische Integration wurde in diesem Kontext dem Feld der Außenpolitik und damit der politischen Diplomatiegeschichte zugeordnet. Dabei war Walter Lipgens, der ‚Gründervater' der deutschen Integrationsforschung, bereits in seinen Forschungsarbeiten, die in den sechziger Jahren entstanden, eher einer universalistischen Ideengeschichte als einer politischen Diplomatiegeschichte verpflichtet. Aus der Beschäftigung mit den Europaideen und -konzepten des Widerstandes begriff er den Integrationsprozess der Nachkriegszeit als unmittelbare Lehre aus den Katastrophen der beiden Weltkriege, der getragen wurde von den europäi-

[5] Zum unterschiedlichen Gebrauch des Europa-Begriffs vgl. Brunn, Die europäische Einigung, S. 21. Jüngste Überlegungen dazu von Dülffer, Europäische Zeitgeschichte. Narrative und historiographische Perspektiven; Kaelble, Sozialgeschichte Europas; Schmale, Geschichte Europas; ders., Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität.

[6] Siehe z. B. James, Europe reborn [deutsch: Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, erschienen 2004]. Von den 500 Seiten der englischen Ausgabe widmet er ganze fünfzehn Seiten der Integrationsgeschichte. Dazu kritisch Ludlow, Widening, Deepening and Opening out, S. 42.

[7] Haupt, Auf der Suche nach der europäischen Geschichte, S. 545. Anders als Mittag sieht er für Europa keinen Markt, das Thema lasse sich nicht gut verkaufen und werde von Verlagen daher gemieden.

[8] So Conze, Nationale Vergangenheit und globale Zukunft, S. 56, wenn auch Dülffer zuletzt betont hat, dass im größeren Rahmen einer Europäischen Zeitgeschichte, die auch die Geschichte Osteuropas umfasst, die Geschichte der (west-)europäischen Integration als am besten erforscht gelten kann. Dülffer, Europäische Zeitgeschichte, S. 9 f.

[9] Siehe dazu Conze/Lappenküper/Müller, Geschichte der internationalen Beziehungen, insbesondere Conze, Abschied von Staat und Politik?.

schen Überzeugungen der „Gründungsväter" der Gemeinschaft.[10] Diesem idealistischen Ansatz stellte in den achtziger Jahren der britische Wirtschaftshistoriker Alan Milward mit seiner These von der „rescue of the nation state" eine Perspektive gegenüber, die man im Vergleich dazu als ‚realistische' Sicht bezeichnen kann. Nationale Interessen motivierten demnach die Gründung der Europäischen Gemeinschaftsinstitutionen, da die Nationalstaaten ihren vielfältigen Aufgaben nur noch in einem supranationalen Verbund mit anderen europäischen Nationalstaaten nachkommen konnten.[11] Damit sind zwei Grundtendenzen benannt, an denen sich die historische Integrationsforschung bis in die Gegenwart hinein abarbeitet. Zugleich setzte in den achtziger Jahren ein Prozess der Europäisierung der Forschungslandschaft ein. Die Netzwerkbildung europäischer Integrationsforscher hat zur thematischen und methodischen Ausdifferenzierung der Disziplin geführt.[12] Recht unbemerkt von der nationalen deutschen Geschichtswissenschaft hat sich somit auf internationaler Ebene ein Forschungszweig etabliert, der auf eine beeindruckende Fülle von Publikationen verweisen kann.[13]

Dass die deutsch-französischen Beziehungen für die europäische Gemeinschaft und ihre Entwicklung von zentraler Bedeutung waren (und sind), gehört zu den gesicherten Wissensbeständen der Integrationsforschung. Diese Sicht kommt mehr oder weniger explizit in den meisten Gesamtdarstellungen und Einzelpublikationen zum Ausdruck. Und in der Tat lässt sich die Versöhnung dieser beiden ehemals verfeindeten Nationalstaaten in der Mitte Europas nicht anders bewerten als ein herausragender, wenn nicht *der* herausragende historische Prozess der europäischen Nachkriegsgeschichte. Entsprechend zahlreich sind die Arbeiten, die sich mit den bilateralen Beziehungen aus unterschiedlichster Perspektive beschäftigen. Deren Charakterisierungen sind so vielfältig wie die Ebenen der Koexistenz beziehungsweise Kooperation selbst: Recht neutral ist von „Beziehungen" oder dem deutsch-französischen „Paar" die Rede, dessen bilaterale Beziehungen in kultureller, wirtschaftlicher oder politischer Hinsicht untersucht werden.[14] Einige Arbeiten stellen die historische Leistung des exzeptionellen Aussöhnungsprozesses in

[10] Lipgens, Europa-Föderationspläne sowie ders., Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik.

[11] Milward, The European Rescue; zuvor bereits ders.: The Reconstruction of Western Europe; ders., Der historische Revisionismus zur Einigungsgeschichte Westeuropas; ders. Allegiance. The Past and the Future.

[12] 1984 wurde die Verbindungsgruppe der Historiker bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften ins Leben gerufen, die ein sich ständig erweiterndes Netzwerk aus Integrationshistorikern der Gemeinschaftsländer umfasst. Als Tagungsbände zuletzt erschienen: Loth, Experiencing Europe und van der Harst, Beyond the Customs Union. Daneben wird zweimal jährlich das Journal of European Integration History publiziert. Parallel dazu hat sich eine Forschergruppe um René Girault und Robert Frank gebildet, die sich mit Mentalitäten und Wahrnehmungen der Europäer beschäftigt: dies., Les identités européennes au XXe siècle: diversités, convergences et solidarités; und nicht zuletzt die Netzwerke junger Europaforscherinnen und -forscher auf internationaler Ebene wie RICHIE und HEIRS, www.europe-richie.org.

[13] Eine Auswahl ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Loth, Der Weg nach Europa; Brunn, Europäische Einigung; Knipping, Rom, 25. März 1957; zuletzt Mittag, Kleine Geschichte der Europäischen Union und Thiemeyer, Europäische Integration; Gehler, Europa. Auf französischer Seite: Gerbet, La construction de l'Europe; Bitsch, Histoire de la construction européenne sowie die Tagungsbände der Verbindungsgruppe.

[14] Poidevin/Bariéty, Frankreich und Deutschland; Deubner, Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland; Wilkens, Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen.

den Mittelpunkt[15], während andere die Differenzen und Konflikte der deutsch-französischen Entente betonen oder einen Beitrag zur Entmythologisierung einer zumindest ambiguosen Beziehung liefern wollen.[16] Die oftmals behauptete Sonderrolle des deutsch-französischen Bilateralismus im Rahmen der *construction européenne* ist im Vergleich zu anderen Aspekten der deutsch-französischen Beziehungen hingegen weniger gut erforscht.[17] Vielfach werden die gängigen Metaphern vom deutsch-französischen „Motor", der „Lokomotive" der Integration oder dem „Tandem" für Europa aufgegriffen.[18] Dem deutsch-französischen „Paar" wird eine Schrittmacherfunktion zugebilligt, ohne dass sich jedoch systematisch und auf empirisch gesicherter Grundlage bestimmen ließe, wie diese Funktion als „pace maker" sich konkret äußerte und auswirkte. Zugleich fällt auch die Bewertung zur Rolle der deutsch-französischen Beziehungen im europäischen Integrationsprozess durchaus unterschiedlich aus. Neben den Phasen einer intensiven Kooperation, die Fortschritte auf europäischer Ebene ermöglichten, werden Phasen der Stagnation, vor allem unter Adenauers Nachfolgern, beschrieben, in denen Europa blockiert war. Die Gründungsphase und die ersten Jahre des Europas der Sechs wurden als solche Phasen intensivierter deutsch-französischer Kooperation charakterisiert[19], dann die gemeinsamen Amtszeiten von Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt sowie von François Mitterrand und Helmut Kohl.[20] Dieser Einteilung liegt die Annahme zu Grunde, dass es die persönlichen Beziehungen der Hauptakteure sind, auf denen das deutsch-französische Verhältnis insbesondere basierte. Charles de Gaulle und Konrad Adenauer werden als die „most naturally linked of these duos" charakterisiert, Georges Pompidou und Willy Brandt als „the most pragmatically", Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt als „the most oddly".[21] Grundlage für diese besonders enge bilaterale Kooperation bildete der Deutsch-französische Freundschaftsvertrag vom Januar 1963, der vordergründig als Indikator für die engen deutsch-französischen Beziehungen gelten kann.[22] Er

[15] Unterwedde/Menyesch, Die deutsch-französischen Beziehungen; Kaelble, Nachbarn am Rhein; Lappenküper, Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963, den Begriff der „Erbfeindschaft" aufgreifend Germond/Türk, History of Franco-German Relations in Europe. From "Heditary Enemies" to Partners.

[16] Soutou, L'alliance incertaine; Koopmann, Das schwierige Bündnis; Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945; Picht, Fremde Freunde.

[17] Bitsch, Le couple France-Allemagne et les institutions européennes; Ménudier, Le couple franco-allemand en Europe; Germond/Türk, A History of Franco-German Relations in Europe. Zu einzelnen Zeitabschnitten oder Persönlichkeiten: Loth/Picht, De Gaulle, Deutschland und Europa; Germond, Le couple France-Allemagne et l'unification de l'Europe (für die Jahre 1963–1969).

[18] Picht/Wessels, Motor für Europa?; Calleo/Staal, Europe's Franco-German Engine; Guérin-Sendelbach, Ein Tandem für Europa?.

[19] Wallace, Bilateral, trilateral and multilateral negotiations in the European Community, S. 157.

[20] Die „Norm" deutsch-französischer Beziehungen wurde demzufolge nach Adenauers Rückzug erst wieder mit Giscard–Schmidt erfüllt. Webber, Introduction, in: ders., The Franco-German Relationship, S. 3; siehe auch Gerbet, Le rôle du couple France – Allemagne.

[21] Friend, The Linchpin, S. 21. In einer anderen Typologie der persönlichen Beziehungen werden den „couples harmonieux" Adenauer–de Gaulle und Giscard d'Estaing–Schmidt „couples difficiles" wie Erhard–de Gaulle gegenüber gestellt. Vgl. Lequesne, Formulation des politiques communautaires, S. 138.

[22] Der Vertrag sieht einen engen Konsultationsmechanismus vor mit halbjährlichen Treffen der Staats- bzw. Regierungsspitzen, vierteljährlichen Zusammenkünften der Außenminister und engen Kontakten der politischen Direktoren der Ministerien. Dazu Kimmel/Jardin, Die deutsch-französischen

schuf das Fundament für „the closest possible of bilateral alliances“[23], die durch einen beispiellosen Grad an Nähe und Enge charakterisiert war.[24] Gleichermaßen ließen sich jedoch auch die strukturellen Bedingungen deutsch-französischer Kooperation in Europa betonen oder anders formuliert die Einbindung der intergouvernementalen Zusammenarbeit in die supranationalen Strukturen der Gemeinschaft. So wurde für die Jahre ab 1973 eine spezifische Form des deutsch-französischen Agenda Setting beschrieben, wonach die jeweiligen nationalen Interessen in bilateralen Gesprächen vor den Ratstagungen, die Interessen der übrigen Partner dabei antizipierend, harmonisiert wurden.[25] Andere Studien wiederum zeichnen ein insgesamt ernüchterndes Bild zur Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen, wonach es kaum einen Bereich gab, in dem die jeweiligen Interessen, Ziele, Konzepte so kongruent waren, dass man von einer „idealen Partnerschaft“ sprechen könne.[26] Von der erweiterten Gemeinschaft der Zwölf wurde schließlich ohnehin die Relativierung der deutsch-französischen Sonderrolle erwartet.[27] Von anderer Seite wiederum wird beiden Partnern auch in der jüngsten Zeit noch die Fähigkeit zugeschrieben „jointly to steer the process of integration“.[28]

Die Bilanz der Ära Brandt – Pompidou fällt in der Regel negativ aus, und zwar sowohl in europapolitischer Hinsicht als auch in Bezug auf die bilateralen Beziehungen. Ihre persönlichen Beziehungen galten als unterkühlt und reserviert. Ihre gemeinsame Amtszeit wird in Anlehnung an Brandts ostpolitisches Diktum als eine Zeit des „Wandels ohne Annäherung“ beschrieben.[29] Die deutsch-französischen Beziehungen insgesamt seien am Ende der Amtszeiten Brandts und Pompidous an einem Tiefpunkt angelangt, der europäische Integrationsprozess von Rückschlägen gekennzeichnet.[30] Die siebziger Jahre werden insgesamt unter dem Vorzeichen der „Renationalisierung“ der Europapolitik der einzelnen Mitgliedsländer als ein Jahrzehnt des Scheiterns supranationaler Pläne gedeutet.[31] Sie galten als „dark ages“ des Integrationsprozesses, in denen krisenhafte Zuspitzungen und eine allgemeine Europaskepsis überwogen.[32] Diese sicher nicht erschöpfende Aufzählung negativer Bilanzierungen kontrastiert mit der Tatsache, dass der Prozess der Integration gerade mit dem Amts- beziehungsweise Regierungswechsel in Frankreich und Deutschland 1969 neue Impulse erhielt, die auch langfristig nach-

Beziehungen seit 1963; Défrance/Pfeil, Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen.

[23] Schoutheete, The European Community and its sub-systems, S. 109.

[24] Klaiber, Europe's Franco-German engine, S. 38: „No two other countries in the world have developed such close co-operation.“

[25] Middlemas, Orchestrating Europe, S. 323 ff.

[26] Picht/Uterwedde/Wessels, Deutsch-französischer Bilateralismus als Motor.

[27] Wallace, Institutionalized bilateralism and multilateralism relations: axis, motor or detonator.

[28] Wood, The Franco-German Relationship in the post-Maastricht era, S. 239.

[29] Bernath, Wandel ohne Annäherung.

[30] Vgl. bspw. Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Seine Darstellung der Ära Brandt–Pompidou trägt den bezeichnenden Titel „Auf getrennten Wegen“. Im Untertitel ist von „Europäische(n) Rückschläge(n)“ die Rede, vgl. S. 225–260; Lappenküper, Auswärtige Angelegenheiten: auf dem Weg zu einer gleichgerichteten Haltung in Fragen gemeinsamen Interesses?, S. 116.

[31] So Rödder, Die Bundesrepublik Deutschland, S. 4 ff.

[32] So die amerikanischen Politikwissenschafter Keohane/Hoffmann, Institutional Change in Europe, S. 8.

wirkten: Nach einer langen Phase der Stagnation in den sechziger Jahren wirkte der Haager Gipfel, der im Dezember 1969 auf Vorschlag Pompidous zustande kam, wie ein europäischer Befreiungsschlag, der alle bislang auf der Tagesordnung stehenden Probleme mit einem Streich zu lösen im Stande war.[33] *Achèvement, approfondissement, élargissement* – unter diesem programmatischen Motto standen der Gipfel selbst sowie die Post-Haager Jahre: Die Vollendung des Gemeinsamen Agrarmarktes, die Vertiefung der Zusammenarbeit durch die Erschließung neuer Integrationsbereiche sowie schließlich der Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks. Dieser europapolitische Durchbruch an der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren gelang also trotz der vermeintlichen Krise des deutsch-französischen Tandems, trotz der schlechten persönlichen Beziehungen zwischen Brandt und Pompidou.

Die vorliegende Studie möchte an diesem scheinbaren Widerspruch ansetzen, der geeignet erscheint, den Charakter der deutsch-französischen Beziehungen und dessen Steuerungsfunktion für den europäischen Integrationsprozess zu beleuchten. Die europapolitische Dimension der deutsch-französischen Beziehungen soll im Spannungsfeld von persönlichen Beziehungen der Protagonisten und strukturellen Bedingungen, denen die handelnden Akteure unterworfen waren, näher bestimmt werden. Integration wird hier unter anderem als das Ergebnis diplomatischer Verhandlungs- und Aushandlungsprozesse verstanden. Die Rolle der Akteure und Persönlichkeiten rückt dabei in den Vordergrund. Daraus muss nicht zwangsläufig ein personenzentrierter Ansatz à la Treitschkes „Männer machen Geschichte" resultieren. Auch werden Staat und Nation nicht als gleichsam personifizierte Akteure behandelt, die von vornherein klar definierbare nationale Interessen verfolgen. Nicht Frankreich oder Deutschland handeln, sondern Personen oder Personengruppen mit ihren je spezifischen Prägungen, Denkmustern und Weltbildern. Willy Brandt und Georges Pompidou bewegten sich nicht in einem Arkanbereich der hohen Politik. Sie werden vielmehr als „ganz normale Staatenlenker" betrachtet, deren politisches Handeln und Entscheiden sich nicht allein auf die nationale oder bilaterale Ebene bezog. Ihre Souveränität war von zwei Seiten eingeschränkt: Zum einen von innenpolitischen Intereressen(gruppen) einer sich entfaltenden Zivilgesellschaft und ihrer medialen Öffentlichkeit, zum anderen durch den Einschluss weiterer staatlicher und supranationaler Akteure auf europäischer Ebene, deren Interessen mitgedacht werden mussten.[34] Brandt und Pompidou stehen dabei in den frühen siebziger Jahren inmitten einer historischen Umbruchphase, deren Zeichen sie durchaus wahrgenommen haben, die aber erst in der historischen Analyse als eine markante Zäsur der Zeitgeschichte plausibel wird. Zahlreiche ökonomische und politische Probleme ließen sich nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene lösen. Die zunehmende Verflechtung und Verdichtung

[33] Vgl. dazu Mittag/Wessels, Die Gipfelkonferenzen von Den Haag (1969) und Paris (1972); vgl. auch die Charakterisierung des Haager Gipfels als „zweites Messina" bei Marie-Thérèse Bitsch, in: Wilfried Loth, Crises and Compromises, S. 539.

[34] Zur europäischen Öffentlichkeit siehe Meyer, The European Public Sphere; die Rolle agrarischer Interessen und Interessenvertreter: Patel, Europäisierung wider Willen; zur Bedeutung von Netzwerken und NGOs allgemein Kaiser, Transnational Networks in European governance; den klassischen diplomatiegeschichtlichen Ansatz verteidigend Lappenküper, Primat der Außenpolitik!.

der globalen Beziehungen erforderte eine Neufindung der Gemeinschaft und ihrer (welt)politischen Rolle. Die zeitgenössische Forschung prägte dafür den Begriff der „Interdependenz" noch bevor sich seit den 1990er Jahren Globalisierung als Bezeichnung für diesen Prozess einbürgerte.[35] Die Nationalstaaten wurden damit zwar nicht obsolet, im Gegenteil wurde die intergouvernementale Komponente europäischen Regierens innerhalb der EG unter Brandt und Pompidou eher noch gestärkt. Sie erlebten jedoch eine Transformation, die aus der europäischen politischen Integration wie aus Prozessen der Europäisierung gleichermaßen resultierte. Politische Integration, verstanden als die Übertragung von Kompetenzen auf ein neues Zentrum, für das ‚Brüssel' gleichsam die Chiffre darstellt, ging zwar mit dem Verlust von nationalstaatlicher Souveränität einher. Sie beinhaltete aber eben auch die Einflussnahme nationalstaatlicher Akteure auf die Brüsseler Ebene. Zugleich setzte ein Prozess der Europäisierung ein, bei dem der Einfluss, den ‚Brüssel' auf die nationalstaatlichen Entscheidungsprozesse ausübte, zunahm.[36] Europa ersetzte nicht zwangsläufig den Nationalstaat. Die Europäische Gemeinschaft als „Gebilde sui generis" lässt sich weder in Begrifflichkeiten einer klassischen internationalen Organisation fassen noch in die einer staatlichen Verfasstheit.[37] In einer Art „Modulbauweise" hat sich die Gemeinschaft mit Elementen einer neuartigen Staatlichkeit umgeben, ohne aber die Nationalstaaten aufzulösen.[38] Dieser Prozess blieb zugleich nicht ohne Folgen für die Nationalstaaten selbst. Aus dem Neben- und Miteinander von supranationalen Strukturen und Akteuren sowie solchen intergouvernementaler Prägung auf der europäischen Ebene ergibt sich ein komplexes Beziehungsgeflecht, in dem sich die einzelnen Komponenten wechselseitig beeinflussen. So wenig sich nationale Interessen verleugnen lassen, so kurz gegriffen wäre es, den Integrationsprozess auf dieses Handlungsmotiv zu verengen und damit die ihm zugrundeliegenden Tiefenstruktur zu vernachlässigen.[39]

Während die Sozialwissenschaften eine Fülle ausgefeilter Integrationstheorien anbieten, verfügt die Geschichtswissenschaft hingegen kaum über geschlossene Erklärungsansätze, die in der Lage wären, die Interdependenz und Durchdringung verschiedener Ebenen als Merkmal europäischen Regierens zu beschreiben.[40] Schon in den frühen siebziger Jahren war die EG von Seiten der Politikwissenschaft als „Konkordanzsystem" charakterisiert worden, in dem mehrere Hand-

[35] Keohane/Nye, Power and interdependence. Zum Wandel von (National-) Staatlichkeit in der internationalen Politik siehe vor allem Conze, Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt; ders. Abschied von Staat und Politik?; Ferguson, The Shock of the Global.

[36] Eising, Europäisierung und Integration.

[37] Herz, Die Europäische Union, S. 111.

[38] Merkel, Europa und das Elend der Theorie, S. 302 f.

[39] Im Rückgriff auf Fernand Braudels Geschichtskonzept der *longue durée* Brunn, Europäische Einigung, S. 16. Analog zu Braudels 1949 erstmals veröffentlichtem Interpretationsmodell hat der französische Politikwissenschaftler Pierre Renouvin 1954 zur Analyse der internationalen Beziehungen den Begriff der *forces profondes* geprägt, die „tiefen Kräfte", die der Geschichte zu Grunde liegen und menschliches Handeln prägen wie geographische Gegebenheiten, demographische Entwicklungen, wirtschaftliche Marktkräfte, geistige Strömungen oder kollektive Denkmuster. Renouvin, L'histoire contemporaine des relations internationales; ders./Duroselle, Introduction à l'histoire des Relations Internationales.

[40] Eigentlich kann Milwards These von der Rettung des Nationalstaats bislang als die einzige „große These" der Integrationshistoriographie gelten, Gehler, Was heißt „Europäistik", S. 124.

lungsebenen (subnational, national und supranational) austariert werden mussten.[41] Multilevel Governance-Ansätze stehen in dieser Tradition, indem sie die verschiedenen Ebenen und damit die Komplexität des Regierens in der EU abbilden, dabei aber den Schwerpunkt auf nicht-staatliche Akteure legen.[42] Generell ist es die Aufgabe der Politikwissenschaft, den Ist-Zustand zu beschreiben. Die Geschichtswissenschaft hingegen interessiert sich für den historischen Prozess der Entstehung dieses Mehrebenen-Systems. Das muss kein Widerspruch sein, sondern kann sich wechselseitig ergänzen. Das komplexe System des Regierens in Europa wie wir es heute kennen, hat sich in einem langen historischen Prozess ausgebildet. Die siebziger Jahre bilden dabei eine Schnittstelle zwischen der ‚alten' EWG und ihren Institutionen und dem System austarierter regionaler, nationaler und europäischer Ebenen, wie es sich seither herausgebildet hat.[43] Zu Recht wird immer wieder eine stärker interdisziplinäre Ausrichtung der historischen Integrationsforschung angemahnt[44], ohne dass dies gleich in „Europäistik" als eigenständiger Forschungszweig münden muss, deren Konturen noch recht unscharf sind.[45] Eine „Matrix" zur Analyse historischer Integrationsprozesse[46] bietet hingegen das Modell der vier Antriebskräfte, das Wilfried Loth entwickelt hat, und das jüngst Guido Thiemeyer in seiner Langzeitanalyse der europäischen Integration angewandt hat.[47] Es legt vier Hauptmotive zugrunde, die den historischen Integrationsprozess angetrieben haben und die Analyse strukturieren helfen. Demnach galt es mit der Schaffung supranationaler Strukturen in Europa „Funktionsdefizite" der kleinteiligen europäischen Staatenwelt zu überwinden, die allein nicht mehr in der Lage waren, ihren Bürgern Sicherheit, Wohlstand oder soziale Sicherung zu gewährleisten. Zunächst waren es zwei Motive, die die Integration in Europa vorangetrieben haben, zum einen das Motiv der Friedenssicherung zwischen den europäischen Nationalstaaten, die ein latentes Problem in der europäischen Geschichte darstellte, sowie zum anderen die Sicherheit vor Deutschland, dem unberechenbaren Nationalstaat in der Mitte Europas. Die ökonomische Schwäche der europäischen Nationalstaaten im Industriezeitalter sowie die notwendige militärische, ökonomische und politische Selbstbehauptung der europäischen Staaten zwischen den neuen Weltmächten USA und Sowjetunion stellten zwei weitere Handlungsmotive dar, die vor allem im 20. Jahrhundert akut wurden. Nicht jede dieser Antriebskräfte war zu jedem Zeitpunkt gleich stark ausgeprägt oder wirkmächtig. Dennoch lassen sich anhand dieses Musters Leitlinien der deutsch-französischen

[41] Puchala, Of Blind Men, Elephants and International Integration.
[42] Knodt/Große Hüttmann, Der Multi-Level Governance-Ansatz.
[43] Wessels, Das politische System der Europäischen Union; Gehler, Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem.
[44] Kaiser, From Isolation to Centrality: Contemporary History meets European Studies.
[45] Siehe Gehler/Vietta, Europa – Europäisierung – Europäistik, die eine Reihe von Ansätzen der Geistes- und Kulturwissenschaften versammelt haben, die jedoch eher unvermittelt nebeneinander stehen. Europäische Integrationsgeschichte wäre auch dann wiederum Teildisziplin einer eher schwammigen Europäistik, die alle Disziplinen und Fragestellungen umfassen würde, die sich in irgendeiner Form mit Europa befassen.
[46] So Dülffer, Europäische Zeitgeschichte.
[47] Loth, Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der europäischen Integration; Thiemeyer, Europäische Integration.

Europapolitik und des Handelns der politischen Akteure herausarbeiten, die den verschiedenen Aktionsebenen Rechnung tragen, der nationalen ebenso wie der europäischen und der internationalen. Integration wird daher als Ergebnis kollektiver Entscheidungsprozesse verstanden, denen Motive und Antriebskräfte zugrunde lagen, die den einzelnen Akteuren nicht immer bewusst waren.

Die zeitgeschichtliche Forschung zur europäischen Integration muss sich zum einen forschungspragmatisch an der magischen Dreißig-Jahres-Sperrfrist staatlicher Archive orientieren. Zum anderen hat sich eine „dekadologische Arbeitsweise" entwickelt, die auch für die europäische Integrationsforschung typisch ist.[48] Können die fünfziger und sechziger Jahre mittlerweile als recht gut erforscht gelten, so steht die Integrationsforschung für die siebziger Jahre noch in den Anfängen. Die deutsch-französischen Beziehungen in Europa in diesem Zeitraum sind Gegenstand zweier älterer Arbeiten, die sich aber vorwiegend auf die veröffentlichten Quellen stützen und daher viele Fragen offen lassen müssen.[49] Auch die Europapolitik Brandts und Pompidous ist jeweils aus der nationalen Perspektive in Einzelbeiträgen und Sammelbänden thematisiert worden.[50] Vorschnelle Urteile über ihre Europapolitik sind nach wie vor verbreitet. Das trifft insbesondere auf Brandts Europapolitik zu, die im Schatten seiner bedeutend spektakuläreren Ostpolitik steht und als Instrument zur Absicherung der Entspannungspolitik im Osten gesehen wird.[51] Die deutsch-französische Europapolitik beruhte in dieser Phase demnach auf einem Deal, der für die Zustimmung Pompidous zur Ostpolitik im Gegenzug die Zustimmung Brandts zu französischen Integrationsvorhaben beinhaltete.[52] Derartige Wertungen sind vielfach nicht viel mehr als eine Perpetuierung zeitgenössischer Wahrnehmungen, die nur durch eine profunde historische Analyse der Quellen durchbrochen werden kann. Die Quellenproduktion von Brandt und Pompidou ist jedoch sehr ungleichgewichtig. Pompidou selber hat lediglich zwei Bändchen mit persönlichen Erinnerungen veröffentlicht, in denen er sich zu Brandt oder Europa aber kaum äußert. Weiterhin kann auf einen Sammelband mit Presseerklärungen zurückgegriffen werden.[53] Brandt hingegen, als gelernter Journalist ein Vielschreiber, hat eine Fülle von Eigenveröffentlichungen und veröffent-

[48] Doering-Manteuffel/Raphael, Nach dem Boom, S. 7

[49] Simonian, Privileged Partnership; Friend, The Linchpin.

[50] Association Georges Pompidou, Pompidou et l'Europe; Möller/Vaïsse, Willy Brandt und Frankreich; Wilkens, Willy Brandt und die europäische Einigung.

[51] Nach der „Etablierung im Westen" durch Adenauers Westpolitik folge mit Brandt die „Öffnung nach Osten". Schöllgen, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Die gängige Vorstellung, dass Europa und Frankreich in Brandts Denken keine Rolle spielten auch bei Ziebura, Deutsch-französische Beziehungen, S. 227; die Irritationen betonend, die die Ostpolitik bei Pompidou hervorrief Grosser, Frankreich und seine Außenpolitik; Rey, La tentation du rapprochement; Wilkens, Der unstete Nachbar.

[52] „Mit dem Plazet zur Ostpolitik ‚kaufte' Pompidou Brandt gewissermaßen den Verzicht auf eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab.", Schmidt, Europa und die Welt in den 1970er Jahren, S. 109.

[53] Pompidou, Le nœud gordien; ders., Pour rétablir une verité; ders., Entretiens et discours; erst jüngst ist eine Quellensammlung erschienen, die neben bereits veröffentlichtem Material auch Quellen aus den Archiven zugänglich macht: Bussière/Willaert, Georges Pompidou et la construction européenne.

lichten Äußerungen hinterlassen.[54] Die Analyse der deutsch-französischen Integrationspolitik in der Ära Brandt – Pompidou wird sich vor allem auf die Quellen in deutschen und französischen Archiven stützen. Die Unterschiede in der Überlieferungsform und -dichte rühren von der Unterschiedlichkeit der politischen Systeme her. Das auf die Person des jeweiligen Präsidenten ausgerichtete Präsidialsystem der V. Republik hat zur Folge, dass sich die zentralen Überlieferungsstränge in den „Papiers présidentielles" im französischen Nationalarchiv konzentrieren. Außenpolitische Entscheidungsprozesse liefen im Élysée-Palast, dem Amtssitz des Staatspräsidenten, zusammen. Die Außen- und die Europapolitik gehörten zur *domaine réservé* des Präsidenten, der bei seinen Entscheidungen auf einen effizienten Beamtenapparat vertraute. Das „Secrétariat général" bildete eine Art Parallelkabinett, das sich aus 38 Präsidentenberatern im Rang eines „Conseiller technique" oder des rangniedrigeren „Chargé de mission" zusammensetzte, die keinen direkten Zugang zum „Chef d'État" besaßen. Zentral war daher die Position des Generalsekretärs („Secrétaire général") im Élysée, bei dem an der Spitze des Apparates die Fäden zusammenliefen. Zunächst Michel Jobert und seit April 1973 Edouard Balladur hatten als engste Mitarbeiter Pompidous direkten Zugang zu ihm. Sie fassten die Papiere der Präsidentenberater zusammen, kommentierten und leiteten sie an Pompidou weiter. Die wichtigsten Präsidentenberater für europapolitische Themen waren die „Conseillers techniques" Jean-René Bernard (Ökonomie und Europa) sowie Jean-Bernard Raimond und Gabriel Robin (Außenpolitik). Neben der Auswertung ihrer Dossiers sind es die Protokolle der „Conseils restreints", Kabinettssitzungen in unterschiedlichen Zusammensetzungen, die Aufschluss über Prozesse der Entscheidungsfindung Pompidous in Bezug auf Europa und den deutschen Bündnispartner geben.[55] Zwar gab es weitere Organe wie das SGCI („Secrétariat général du Comité interministériel pour les questions de coopération économique européenne"), ein interministerielles Koordinationsgremium für EWG-Politik, dessen ständiges Sekretariat beim Premierminister angesiedelt war, und dessen Generalsekretär zugleich politischer Berater im Matignon oder im Élysée war.[56] Die Entscheidungen aber wurden vom Präsidenten im Élysée-Palast gefällt und weder im Hôtel Matignon, noch in der Rue de Rivoli oder am Quai d'Orsay.[57] In zahlreichen, zumeist handschriftlichen Vermerken erteilte Pompidou seine Weisungen, die an die Beamten und Minister weitergeleitet wurden.

In der Bundesregierung Willy Brandts mussten politische Entscheidungen auf verschlungeneren Wegen zustande kommen. So ist das politische System der Bundesrepublik ohnehin weniger auf ein Machtzentrum und eine Person konzentriert. Neben Bundeskanzler und Bundeskanzleramt hatten das Außen- und traditionell auch das Wirtschaftsministerium großen Einfluss auf die Europapolitik. Eine

[54] Willy Brandt und die Einigung Europas – Auswahlbibliografie (www.ena.lu, zuletzt aufgerufen am 5. 5. 2010). Siehe außerdem die zehnbändige Quellenedition „Berliner Ausgabe", hg.v.d. Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, hier insb. Band 6: Ein Volk der guten Nachbarn. Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974.

[55] Archives nationales, Archives de la présidence da la République, S. 231 ff.

[56] Lequesne, Formulation des politiques communautaires; de Castelnau, Le SGCI: une réponse administrative.

[57] Sitz des Ministerpräsidenten, des Finanz- und des Außenministeriums.

wichtige Funktion hatte dabei der „Staatssekretärsausschuss für Europafragen", der als Koordinierungsgremium der deutschen EG-Politik beim Wirtschaftsministerium angesiedelt war. Hinzu kommt der Faktor Persönlichkeit: Willy Brandt pflegte einen deliberativen und wenig autoritären Führungsstil, der die Kompetenzen – mitunter auch die rücksichtslosen Interessen – der Fachressorts stärker zum Zuge kommen ließ. Zudem musste Brandt die Interessen seiner Partei und Fraktion mit berücksichtigen. Neben den staatlichen Archiven wurden daher auf deutscher Seite auch die Akten des Parteiarchivs der SPD sowie das Willy-Brandt-Archiv im Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Einschätzung der deutschen Europapolitik herangezogen.

Bilaterale Beziehungsgeschichte dient der Studie als analytisches und narratives Instrument für eine europäische Integrationsgeschichte. Sie ist gleichsam die heuristische Sonde, die ein besseres Verständnis des hochkomplexen Integrationsprozesses ermöglicht. Es ist natürlich dem historischen Zufall geschuldet, dass der zeitliche Rahmen der Amtszeiten Brandts und Pompidous von 1969 bis 1974 beinahe identisch ist. Daraus wird noch nicht automatisch eine eigenständige Phase in der europäischen Einigungsgeschichte. Vielmehr ist es so, dass diese Jahre tatsächlich eine wichtige Zäsur in der europäischen politischen Integration darstellen, die angesichts der Steuerungsversuche beider Führungspersönlichkeiten künftig stärker mit den Namen Willy Brandt und Georges Pompidou in Verbindung gebracht werden müssen. Die Studie ordnet sich daher erstens in den Kontext der Forschungen zur deutsch-französischen Beziehungsgeschichte ein. Gerade am Beispiel des „couple difficile" Brandt und Pompidou, die bislang im Schatten der als erfolgreicher bewerteten politischen „Paare" standen, kann das Spannungsverhältnis von personalem Faktor in der Geschichte und strukturellen Einbindungen der Akteure ausgeleuchtet werden. Zweitens will die Studie einen Beitrag zur Willy-Brandt-Forschung leisten, indem sie das Bild des ersten sozialdemokratischen Bundeskanzlers korrigiert. Brandt wird nach wie vor einseitig mit der Ostpolitik assoziiert, während seine Europapolitik nicht ausreichend oder falsch wahrgenommen wird. Drittens soll die Europapolitik Pompidous in ihrer Eigenständigkeit analysiert werden. In der historischen Wahrnehmung verschwindet Pompidou beinahe hinter der historischen und politischen Statur seines Vorgängers. In der deutschen Historiographie ist seine Bedeutung für die jüngere französische Geschichte weithin unbekannt, während in der französischen Forschung wiederum ein Bemühen zu beobachten ist, seine Amtszeit aufzuwerten, das etwas apologetische Züge trägt.[58] Last but not least nimmt die Studie viertens eine Neubewertung des (Re-) Dynamisierungsprozesses der europäischen Integration nach der gaullistischen Herausforderung vor, indem sie quellenbasiert die zentralen Handlungsfelder und Entwicklungslinien analysiert.

[58] Seit ihrer Gründung 1989 bemüht sich die Association Georges Pompidou in wissenschaftlichen Konferenzen und Publikationen, das politische Erbe des zweiten Präsidenten der V. Republik vor dem Vergessen zu bewahren. Die jüngst vorgelegte Quellenedition von Bussière/Willaert, Un projet de l'Europe, erliegt jedoch der Versuchung, eine programmatische und inhaltliche Kohärenz der Europapolitik zu konstruieren, die sich nach einer umfassenderen Analyse im bilateralen und europäischen Rahmen nicht bestätigen lässt.

II. Die Akteure: Willy Brandt, Georges Pompidou und Europa bis 1969

1. Willy Brandt, Frankreich und Europa

„Ich weiß nicht mehr, wie oft ich mich über die peinlichen bis empörenden Unzulänglichkeiten der EG geärgert habe, doch ich weiß sehr wohl, dass ich mich vom Königsgedanken der Einigung nie habe abbringen lassen."[1] Mit diesem Ausdruck der leitmotivischen Ambivalenz leitete Willy Brandt das letzte Kapitel seiner 1989 abgeschlossenen Erinnerungen ein. Mit einem hoffnungsvollen Blick in die Zukunft sah er die europäische Gemeinschaft an der Wende zum nächsten Jahrzehnt „vor einem qualitativen Sprung"[2], der mit der Vollendung des Binnenmarktes 1993 und der Währungsunion seinen vorläufigen Höhepunkt finden sollte. Im Rückblick hielt er sich an ihren Grundlegungen für nicht unbeteiligt. Zollunion, die Fusion der Gemeinschaften, die Vollendung des Gemeinsamen Agrarmarktes waren Wegmarken der wirtschaftlichen Integration, an denen Willy Brandt als Außenminister und Bundeskanzler mitgewirkt hatte. Auch die Währungsunion hatte ihre Wurzeln in ambitionierten Plänen der frühen siebziger Jahre, die zu einer Wirtschafts- und Währungsunion spätestens 1980 führen sollten. Den technischen Details der Wirtschaftsgemeinschaft hat Brandt dennoch nie viel Positives abgewinnen können. Das kleinliche Gefeilsche um nationale Vorteile, wie es beispielsweise in den zähen Verhandlungen über Zucker- und Butterkontingente im Zuge der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien zum Ausdruck kam, gehörte für ihn zu den notwendigen Übeln, die er widerwillig zur Kenntnis nahm. Vielmehr interessierte ihn die Vision eines politischen Europas, das über eine „elaborierte Zollunion" hinauskommen sollte. So ist die 1989 rhetorisch gestellte Frage, ob „die Europäische Union, über die Koordinierung der Außenpolitik weit hinausreichend, dem Binnenmarkt die Krone aufsetzen wird"[3], durchaus programmatisch für die europapolitischen Vorstellungen und Hoffnungen Willy Brandts. Sein Europabild speiste sich aus verschiedenen Quellen. Es ist vor dem Hintergrund der persönlichen Erfahrungen mit Nationalsozialismus und skandinavischem Exil zu verstehen, hat sich in der bipolaren Ordnung des Kalten Krieges weiterentwickelt und im Rahmen der sozialdemokratischen Außenpolitik der sechziger Jahre konkretisiert. Dabei lassen sich dauerhafte Grundüberzeugungen erkennen, die dann in den frühen siebziger Jahren auf der Ebene konkreten Regierungshandelns ihre Brechungen erfahren sollten.

Noch Ende der achtziger Jahre glaubte Willy Brandt sich der vielfältigen Attacken erwehren zu müssen, er und die SPD hätten der Ostpolitik absolute Priorität eingeräumt und die Europapolitik zu ihren Gunsten vernachlässigt. Unter Hinweis

[1] Brandt, Erinnerungen, S. 395.
[2] Ebd.
[3] Ebd., S. 375.

auf seine frühen, im Exil verfassten Schriften[4] widerlegte er die gängige Auffassung, Europa habe ihn nicht interessiert: „Nein, ich musste nach dem Krieg Europa nicht erst entdecken."[5] Im skandinavischen Exil war er an konzeptionellen Entwürfen einer europäischen Nachkriegsordnung beteiligt, die in der „Internationalen Gruppe demokratischer Sozialisten", kurz Stockholmer „Kleine Internationale", entworfen wurden. Sie bestand aus Emigranten wie dem späteren österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky, schwedischen Gegnern des Nationalsozialismus wie Alva und Gunnar Myrdal, Sozialisten aus von Deutschland besetzten Ländern, aber auch aus neutralen Ländern sowie von alliierter Seite.[6] Eine dauerhafte europäische Nachkriegsordnung musste ihrer Ansicht nach Lehren aus dem Zusammenbrechen der Zwischenkriegsordnung ziehen. Sie sollte endgültig allen isolationistischen Tendenzen und der traditionellen „Kleinstaaterei einen Riegel vorschieben". Dazu bedürfe es des Zusammenschlusses kleinerer regionaler Einheiten unter freiwilligem Souveränitätsverzicht in militärischen und ökonomischen Fragen, die über Handels-, Zoll- und Währungsabkommen zu regionalen wirtschaftlich-politischen Föderationen zusammenwachsen sollten.[7] Die Schaffung eines Verbundes der deutschen Kohle- und Montanindustrie mit Lothringen, Belgien, Luxemburg und Holland, hielt Brandt für ein probates Mittel, das besiegte Deutschland nach dem Krieg wieder in die europäische Staatenwelt zu integrieren.[8] So wie er befürchtete, dass gesamteuropäische Lösungen durch „Hitlers Gangsterpolitik des ‚neuen Europas'" kompromittiert worden seien und dadurch die „Verwirklichung eines europäischen Föderationsprogramms" erschwert würde, so überzeugend erschien ihm die Überlegung, dass die Gefahr, die von Deutschland potentiell ausgehen könnte, in einer europäischen Föderation kleiner wäre als in einem nationalstaatlich organisierten Europa nach traditionellem Muster.[9] Den Kern einer Verständigung sollten dann Frankreich und Deutschland bilden, erweitert um Italien. Großbritannien schätzte er zu dieser Zeit nicht als ausschließlich europäische Macht ein.[10]

So konnte Willy Brandt sich später rühmen, „beizeiten erkannt zu haben, dass dem künftigen Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich eine Schlüsselrolle zufallen würde".[11] Auch in anderer Hinsicht sollte er Recht behalten: „Es ist doch wohl so", schrieb er seinem Freund Stefan Szende im Oktober 1946, „dass es

[4] Z. B. „Die Kriegsziele der Großmächte und das neue Europa", in: Brandt, Zwei Vaterländer, S. 24 f. Erschienen im norwegischen Original in Oslo 1940 unter dem Titel: Stormaktenes krigsmål og det nye Europa.

[5] Ders., Erinnerungen, S. 375.

[6] Siehe zu diesem Kreis Brandt, Zwei Vaterländer, S. 23 ff.; vgl. auch ders., Draußen, S. 287 ff. sowie Kreisky, Zwischen den Zeiten, S. 349 ff.; Lorenz, „Der Traum von Europas Vereinigten Staaten".

[7] Die Friedensziele der demokratischen Sozialisten, März 1943, verfasst unter Federführung von Brandt, abgedruckt in: Brandt, Zwei Vaterländer, S. 88–104, hier: S. 96.

[8] Nach von der Times veröffentlichten britischen Vorstellungen: Willy Brandt, Nach dem Sieg. Die Diskussion über die Kriegs- und Friedensziele, Mai 1944 (Efter segern. Diskussionen om krigs- och fredsmålen, Stockholm 1944), abgedruckt in: Brandt, Zwei Vaterländer, S. 115–153.

[9] Willy Brandt, Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, Juli 1944, in: ders., Zwei Vaterländer, S. 154–205, Zitate: S. 193. Auch wieder Brandt zugeschrieben, wenn auch mit Ernst Behm, August und Irmgard Enderle und Stefan Szende.

[10] Ebd.

[11] Brandt, Erinnerungen, 375.

im Laufe der nächsten 5–10 Jahre zu festeren Formen europäischer Zusammenarbeit kommen oder dass Europa zugrundegehen wird."[12] Kurzzeitig war Brandt für den Posten eines Presseattachés der norwegischen Botschaft in Paris im Gespräch, eine Aufgabe, die ihn als Sprungbrett für eine Karriere in eben diesen neuen europäischen und internationalen Organisationen gereizt hätte. Er kehrte jedoch nach Deutschland zurück, zunächst als Presseattaché an der norwegischen Militärmission in Berlin. Schließlich startete er von Berlin aus ab 1948 eine von Brüchen und Rückschlägen begleitete, in der Rückschau insgesamt bemerkenswert anmutende Karriere innerhalb der SPD, die ihn bis in das höchste Regierungsamt führen sollte. Weltoffen, pragmatisch, geprägt vom (sozial)demokratischen System skandinavischer Provenienz, bereitete ihm die europapolitische Linie der SPD unter ihrem Übervater Kurt Schumacher von Beginn an Unbehagen.[13] Dessen prinzipielle Ablehnung des Ruhrstatuts als westlich-kapitalistischer Besatzungsoktroi, sein realitätsfernes Beharren auf deutsche Gleichberechtigung als Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit den Alliierten widersprach zutiefst Brandts pragmatischer Einstellung. Schon auf dem Düsseldorfer Parteitag 1948 plädierte er dafür, von den „heutigen Bedingungen aus für die europäische Einheit zu wirken". Statt auf den „Turm des Gebäudes der Vereinigten Staaten von Europa zu starren" gab er einer Politik der kleinen Schritte den Vorzug, bei der man das „funktionelle Arbeitsprinzip zugrunde legen solle".[14] Wenn auch diesen Äußerungen kein ausgereiftes integrationstheoretisches Modell zugrunde lag, so zeigen sie dennoch, dass Brandt den Ideen europäischer Föderalisten, die Europa auf der Grundlage einer europäischen Verfassung aufbauen wollten, wenig abgewinnen konnte. Seiner Denkweise entsprach vielmehr das funktionalistische Integrationsverständnis, wonach die zu erfüllenden Funktionen gleichsam zwangsläufig zu einer graduellen Verwirklichung Europas führen würden.[15] Die konkrete Form konnte dabei durchaus offen bleiben und sich aus den jeweiligen politischen Realitäten ergeben.

In Berlin schloss Brandt sich dem engeren Kreis um den Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter an, als dessen Schützling er galt. In fast allen wichtigen außenpolitischen Fragen wichen sie von der parteioffiziellen Linie der SPD ab. Auf dem Bundesparteitag im Mai 1950 gehörte Brandt zu den elf Delegierten, die gegen die Resolution der Gesamtpartei stimmten, den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat abzulehnen.[16] Brandt betonte vielmehr die Möglichkeiten, die der Bundesrepublik aus der Mitarbeit im Europarat erwüchsen. Während Schumacher den „konservativ-, klerikal-, kapitalistisch-kartellistischen Versuchen, Europa zu schaffen"[17] eine Absage erteilte, plädierte Brandt in der Diskussion über die am 9. Mai 1950 vorgeschlagene Montanunion dafür, die im Vertrag liegende Chance

[12] Aus dem Schreiben Brandts an Szende, 8. 10. 1946, in: Brandt, Zwei Vaterländer, S. 316–318, Zitat: S. 317.

[13] Zur Europapolitik der SPD siehe die älteren Arbeiten von: Ashkenasi, Reformpartei und Außenpolitik; Hrbek, Die SPD, Deutschland und Europa; Paterson, The SPD and European Integration; neuere Studien: Loth, Von Heidelberg nach Godesberg; Hiepel, „Europa gehört keiner Partei".

[14] Vgl. Merseburger, Willy Brandt, S. 296.

[15] Herbst, Die zeitgenössische Integrationstheorie.

[16] Ashkenasi, Reformpartei, S. 72 f.

[17] So auf dem Parteitag 1950, in: Schumacher, Reden – Schriften – Korrespondenzen, S. 778.

einer Regelung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu nutzen.[18] Brandt stimmte zwar nicht gegen die Entschließung des Parteivorstandes gegen den Schumanplan, aber er enthielt sich der Stimme.[19] Den Pleven-Plan, der die Bildung einer europäischen Armee unter Einschluss deutscher Truppenkontingente vorsah, lehnte er jedoch ab, weniger wegen der damit verbundenen supranationalen Strukturen oder des Prinzips der Wiederbewaffnung, sondern wegen der deutschlandpolitischen Rückwirkungen. Sicherheit und Schutz vor der Sowjetunion schien ihm allein die NATO gewährleisten zu können.[20]

Die Brandt-Reuter-Gruppe im Berliner Landesverband bildete eine Minderheit innerhalb der Gesamtpartei, erwies sich aber à la longue als ihr „Schrittmacher".[21] Brandt nahm durchaus persönliche politische Risiken in Kauf, indem er diese Minderheitenposition verfocht. Er unterlag in mehreren innerparteilichen Wahlen. Ab Mitte der fünfziger Jahre zeichnete sich jedoch ab, dass die Partei mehr und mehr auf Positionen einschwenkte, die er schon lange verfochten hatte. 1955 trat die SPD dem Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa von Jean Monnet bei.[22] 1957 stimmte sie für die Römischen Verträge. Und schließlich erfolgte die spektakuläre außenpolitische Wende der SPD, die durch Herbert Wehners Rede am 30. Juni 1960 im Bundestag vollzogen wurde, und die das Bekenntnis zur Westintegration, zur Bindung an die NATO und Überwindung der innenpolitischen Spaltung zwischen CDU und SPD einschloss.[23] Im gleichen Jahr wurde Willy Brandt zum Kanzlerkandidaten der SPD nominiert. Er rückte nun, nachdem er bereits 1957 als Regierender Bürgermeister von Berlin „auf die Bühne der Weltpolitik katapultiert"[24] worden war, endgültig ins Zentrum des öffentlichen Interesses und war auch im Ausland ein gefragter Gesprächspartner.

Seit den frühen sechziger Jahren formulierte Brandt Forderungen nach einer aktiven Außenpolitik der Bundesrepublik, die stärker die Handlungsspielräume zwischen den Blöcken ausnutzen sollte. Die Westintegration der Bundesrepublik und die Überwindung der Teilung waren für ihn keine Widersprüche. Zunächst ließ er noch im Unklaren, ob die Wiedervereinigung die Bedingung für eine Politik der Détente sein sollte – wie es dem traditionellen außenpolitischen Verständnis der Bundesrepublik entsprach – oder vielmehr umgekehrt Entspannung die Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage. 1957 noch warnte er davor, dass weitere Schritte zur Westintegration nicht zu einer Zementierung der Spaltung Deutschlands führen dürften.[25] „Ein Europa ohne ein wieder sinnvoll zusammen-

[18] Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte, S. 119.
[19] Was er in der Rückschau sehr bedauerte. Siehe: Im Palais Schaumburg. Gespräch zwischen Willy Brandt und Klaus Harpprecht, in: Harpprecht, Willy Brandt. Porträt und Selbstporträt, S. 27–47, hier: S. 30.
[20] Brandt, Erinnerungen, S. 27.
[21] Ashkenasi, Reformpartei, S. 186.
[22] Zum Aktionskomitee siehe Wilkens, Interessen verbinden; Fontaine, Le Comité d'action sowie Monnet, Erinnerungen eines Europäers.
[23] Merseburger, Willy Brandt, S. 381.
[24] Ebd., S. 357
[25] Europas Einheit – Deine Freiheit, ms. Manuskript, 13. 2. 1957, WBA Publizistische Äußerungen, 81.

gefügtes Deutschland" hielt er für eine „Unmöglichkeit".[26] Dennoch begriff er die Einbindung in den Westen nicht als Hindernis für eine aktive Deutschlandpolitik und den Willen zu staatlicher Einheit nicht für einen Gegensatz zur europäischen Integration. Am Integrationsprozess, wie er sich mit der Gründung der EWG 1958 realisierte, missfiel ihm aber zum einen der Ausschluss Großbritanniens und der skandinavischen Länder. Damit fand er sich im Einklang mit der SPD, die von Beginn an eine Beteiligung Großbritanniens gefordert hatte. Brandt betrachtete sie als ein „stabilisierendes demokratisches Element für unser Europa".[27] Zum anderen argumentierte er angesichts der Ost-West-Spaltung gegen eine zusätzliche Spaltung und Schwächung (West)Europas. Mit der Gründung der EWG war die Wirtschaft zum Wegbereiter der Integration in Europa geworden. Brandt befürchtete nun eine „Dualität" zwischen dem Europa der sechs EWG-Länder und der Europäischen Freihandelszone EFTA, in der sich sieben europäische Staaten als Reaktion auf die Gründung der EWG zusammengeschlossen hatten. Das könnte – so Brandts Befürchtung – nicht nur zur wirtschaftlichen, sondern auch zur politischen Schwächung Europas führen.[28]

Die europa- und außenpolitischen Vorstellungen der SPD, die sich seit 1960 proamerikanisch und anti-gaullistisch gab[29], stimmten nun weitgehend mit den Vorstellungen Willy Brandts überein. Auf einer Funktionärstagung im Januar 1964 verkündete Brandt, die SPD sei eine „vorwärtsgewandte deutsche und europäische Partei", die sich für die Atlantische Partnerschaft ebenso einsetze wie für eine funktionierende EWG, die aber weiterentwickelt werden müsse: „Sobald wie möglich, Gespräche über Beitritt Großbritanniens und andere interessierte Länder aufnehmen. Demokratisches Element in EWG muss gestärkt werden." Europa müsse zum vollwertigen Partner der USA avancieren. Nur so gelänge die „Schaffung des Rahmens, innerhalb dessen Wiedervereinigung möglich ist."[30] Das waren sozialdemokratische Essentials: Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten war nun nur noch über die Westintegration der Bundesrepublik denkbar, innerhalb eines supranationalen Europas, das eng an die USA gebunden sein sollte. Brandt und die Sozialdemokratie waren inspiriert von Kennedys „Grand Design" einer organisierten transatlantischen Partnerschaft unter (annähernd) Gleichen. Um diese Rolle eines gleichberechtigten Partners angemessen ausfüllen zu können, musste Europa daher gestärkt werden. Dieser Überlegung lag im Kern die Forderung nach Erweiterung und mehr Integration zugrunde.[31] Dieses Europakonzept widersprach fundamental de Gaulles Vorstellung von einer kontinentaleuropäischen Ordnung

[26] So auf einer Veranstaltung der Europa-Union in Berlin-Neukölln am 16. 9. 1958, WBA Publizistische Äußerungen, 87.

[27] Keine Resignation für Europa (Vorschlag zur Schaffung eines Europäischen Sekretariats, Rom hs./ms. Redemanuskript, 28. 6. 1965), WBA Publizistische Äußerungen, 211.

[28] Unsere Stellung in der Welt, S. 38. Die Hauptschuld für diese Entwicklung gab er i.ü. der politischen Führung Frankreichs.

[29] Siehe Marcowitz, Option für Paris?, S. 223 ff.

[30] Redeentwurf: Die Aufgaben der Partei in Gegenwart und Zukunft. Referat auf der Funktionärskonferenz Hannover am 11. Januar 1964, WBA Publizistische Äußerungen, 172.

[31] Siehe dazu Kaiser, Die neue Abhängigkeit der atlantischen Staaten. Als ‚Urheber' dieses Konzeptes gilt State Secretary George Ball: The Past has another pattern, S. 208 ff.

(unter französischer Führung) und Lockerung der Bindung Westeuropas an die USA.[32]

Ein deutscher Gaullist war Willy Brandt damit noch lange nicht.[33] Sicherlich verfolgte Brandt mit großem Interesse die ostpolitischen Entspannungsinitiativen de Gaulles: „Das Gleichgewicht des Schreckens, ausbalanciert von beiden Supermächten, gibt einen Spielraum, die starren Fronten in Bewegung zu setzen. Der französische Präsident macht hiervon auf seine Weise Gebrauch. Und manchmal frage ich mich als Deutscher: warum eigentlich nur er?"[34] Diese fein dosierte Provokation in einer Rede vor der Foreign Policy Association in New York 1964 sorgte für einigen Wirbel in der SPD und sie war möglicherweise ein *ballon d'essai*, um den Handlungsspielraum innerhalb der Sozialdemokratie auszuloten. Der Parteivorstand sah den außenpolitischen Konsens bedroht und drängte Brandt, seine Aussagen zu relativieren.[35] Dabei hatte er strenggenommen in New York nichts gesagt, was vom sozialdemokratischen Mainstream abwich. Tatsächlich hob er an gleicher Stelle auf die Stärkung Europas ab, die über eine Koordinierung der Außenpolitik „in vernünftigen Formen", über eine rasche Fusion der Gemeinschaften, eine stärkere parlamentarische Kontrolle der europäischen Bürokratien und des „Kartell(s) der nationalen Regierungen" erfolgen müsse. Zudem müsse die Tür, die Großbritannien „vor der Nase zugeschlagen wurde", wieder geöffnet werden. Das gelte ebenso für Dänemark und Norwegen. Dieser Weg solle nicht „in die Separation Europas münden, sondern er muss führen zur gleichberechtigten Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten".[36] Wenn Brandt dann schließlich noch hinzufügte, dass die atlantische Partnerschaft ausgebaut werden müsse, so wird deutlich, dass in seinen Äußerungen mehr Elemente von Kennedys *grand design* steckten als von de Gaulles *grand dessein*.

Selbstverständlich respektierte Brandt in de Gaulle die Symbolfigur der Résistance und vermeinte zu spüren, dass auch der französische Präsident, den er vertraulich mit „Mon Général" ansprach, in ihm „den Mann des Widerstands" sah.[37] Sie waren sich seit 1959 mehrfach begegnet und Brandt schlug aufgrund seines Selbstbewusstseins, das sich aus seinem Widerstand gegen den Nationalsozialismus speiste, einen offenen Ton an. So verteidigte er die Präambel zum Deutsch-französischen Freundschaftsvertrag von 1963, für die er sich wie die SPD insgesamt eingesetzt hatte. Die Präambel betonte die transatlantischen Bindungen Deutschlands und entwertete damit aus Sicht de Gaulles den Freundschaftsvertrag

[32] Vgl. hierzu die Analysen des Arbeitskreises I – Außenpolitik der SPD: Erhard Eppler, Frankreichs Politik gegenüber den kommunistischen Staaten, 22. 11. 1966 und Klaus-Peter Schulz, Frankreich und der Westen, 23. 1. 1967, AdsD SPD-Bundestagsfraktion, Büro Herbert Wehner, 5. WP, 2001.

[33] Die Nähe zu de Gaulles Europakonzept überbetonend: Hildebrand, Willy Brandt, General de Gaulle und „la grande Europe", in: Möller/Vaïsse, Willy Brandt und Frankreich, ausführlicher, aber vom Tenor gleich: Hildebrand, Willy Brandt, Charles de Gaulle und „la grande Europe", in: HZ 279 (2004).

[34] Germany and the European Community, ms. Redemanuskript vor der Foreign Policy Association, New York, 15. 5. 1964, WBA Publizistische Äußerungen, 180.

[35] Siehe Marcowitz, Option für Paris?, S. 228 f.

[36] Germany and the European Community, ms. Redemanuskript vor der Foreign Policy Association, New York, 15. 5. 1964, WBA Publizistische Äußerungen, 180.

[37] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 132.

als Ganzes.[38] Brandt warb um Verständnis, dass das Verhältnis zu den USA aufgrund der Nachkriegsgeschichte zu eng sei und es bleiben werde. Das deutsch-französische Verhältnis hielt er für den Kern Europas, aber eine deutsch-französische Union, die den Verpflichtungen aus den EWG-Verträgen zuwiderliefe, lehnte er entschieden ab. Brandt selbst verortete seine Position in der Rückschau als „nuancierte Haltung" zwischen den Lagern der „Atlantiker" und „Europäer".[39] Was er konkret damit meinte, und was das Nuancierte an seiner Position ausmachen sollte, blieb noch recht unklar. Das Europa der Sechs, so stellte er 1965 lediglich fest, solle keine „Zitadelle" sein, sondern sich über wirtschaftliche Kooperation in Richtung Osten öffnen.[40]

In einer seiner letzten Stellungnahmen vor Bildung der Großen Koalition im Dezember 1966 konstatierte Willy Brandt, dass „die europäische Einigung [...] um ihrer selbst willen erforderlich" sei, und zwar im Interesse des Friedens, zur Überwindung des Ost-West-Konflikts und zur Lösung der deutschen Frage – so das europapolitische Credo in absteigender Reihenfolge.[41] Im Detail klingen die Vorschläge des Noch-Regierenden Bürgermeisters wie eine Regierungsempfehlung der Partei, „ohne oder gegen" die keine Bundesregierung mehr gebildet werden könne.[42] Ein mögliches zweites Beitrittsgesuch der Briten, das sich seit November 1966 abzeichnete, hielt er für einen „Meilenstein" auf dem Weg zu einer größeren Gemeinschaft. Er übte aber vorsichtige Zurückhaltung, was den konkreten Beginn von Beitrittsverhandlungen anbelangte, da de Gaulles Reaktion noch nicht abzusehen war. Vielmehr sollten die Sechs zunächst die Voraussetzungen schaffen, damit zu Verhandlungsbeginn eine „klare Gesprächssituation und sauber abgesteckte Verhandlungsziele" vorzufinden wären. Dafür wären Signale zur Stärkung der Gemeinschaft notwendig, wie die Fusion der Exekutiven von EGKS, Euratom und EWG zu einem verbindlichen Termin. Die Einordnung der Energiepolitik in die Gemeinschaft hielt Brandt für ein politisches Signal. Denn langfristig müsse die Gemeinschaft über eine Zollunion hinaus zur Wirtschaftsunion zusammenwachsen, die „eines Tages politisch ergänzt werden" soll. Die praktischen Schwierigkeiten waren ihm bewusst. Er sah es „als eine wichtige Aufgabe der deutschen Politik, in dieser Richtung fördernd und vermittelnd tätig zu sein und gerade auch dafür den deutsch-französischen Vertrag nutzbar zu machen".[43]

[38] Ebd., S. 137. Zum Deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, synonym auch Élysée-Vertrag, siehe auch Défrance/Pfeil, Der Élysée-Vertrag; Kimmel/Jardin, Die deutsch-französischen Beziehungen; Steinkühler, Der deutsch-französische Vertrag.

[39] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 142.

[40] Keine Resignation für Europa, Vorschlag zur Schaffung eines Europäischen Sekretariats, 28. 6. 1965, Rom, hs./ms. Redemanuskript, WBA Publizistische Äußerungen, 211.

[41] Die europäische Einigung ist um ihrer selbst willen erforderlich, 17. 11. 1966, 7. Kongress der sozialdemokratischen Parteien der EG, Berlin, ms. Redemanuskript, WBA Publizistische Äußerungen, 243.

[42] So Brandt ebd. Nach dem Misstrauensantrag gegen Erhard am 8. 11. 1966 wurden ab dem 10. 11. Koalitionsverhandlungen unter Kurt-Georg Kiesinger geführt, die schließlich am 1. 12. 1966 in die Gründung der Großen Koalition mündeten. Siehe Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition.

[43] Die europäische Einigung ist um ihrer selbst willen erforderlich, 17. 11. 1966, 7. Kongress der sozialdemokratischen Parteien der EG, Berlin, ms. Redemanuskript, WBA Publizistische Äußerungen, 243.

Somit ergaben sich Anknüpfungspunkte zu Kurt Georg Kiesinger, der seit dem 10. November 1966 als Verhandlungsführer der CDU Koalitionsgespräche führte, die schließlich in die Bildung der Großen Koalition mündeten. Diese stand außenpolitisch im Zeichen der Wiederbelebung des deutsch-französischen Vertrags. Die erste Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 nahm vorsichtig außenpolitische Kurskorrekturen vor, die eine stärkere Verzahnung von West- und Ostpolitik im Rahmen einer europäischen Friedensordnung vorsahen.[44] Kiesinger und Willy Brandt, Außenminister und Vizekanzler der Koalitionsregierung, stimmten darin überein, dass das unter Erhard gestörte Verhältnis zu Washington und Paris wiederhergestellt werden sollte. Der „Generalnenner" der Großen Koalition war für Brandt die „Friedenssicherung" in Europa[45], die sich am „Primat der Nachbarschaft" ausrichten sollte.[46] Die Abstimmung in Ost-West-Fragen sollte nun im Mittelpunkt der deutsch-französischen Beziehungen stehen. Von einer Aufgabenteilung in der Großen Koalition, bei der Brandt für die Ostpolitik und Kiesinger für die Wiederbelebung der Beziehungen zu Frankreich verantwortlich gewesen wäre, kann daher nicht die Rede sein.[47] Es war Brandt, der noch vor Kiesinger als erster Vertreter der neuen Bundesregierung im Dezember 1966 zu seiner ersten offiziellen Reise nach Paris aufbrach. Dort galt es den Scherbenhaufen zu beseitigen, den Erhard in den deutsch-französischen Beziehungen hinterlassen hatte. Dieser war – so Brandt – „mit fast naiver Einseitigkeit" bemüht, ein gutes Verhältnis zur US-Administration aufzubauen und hatte dabei den wichtigsten Partner im Westen vernachlässigt.[48] Brandt wollte daher „einen ehrlichen neuen Anlauf" in den deutsch-französischen Beziehungen nehmen.[49] Die deutsch-französischen Akzente der neuen Bundesregierung nahm de Gaulle durchaus wahr, und Brandt wurde sehr positiv in Paris aufgenommen. Zwischen Paris und Bonn herrschte nun eine stärkere Übereinstimmung in der Ost- und Deutschlandpolitik, die sich aus der neuen Prioritätensetzung der Großen Koalition ergab: Die Wiedervereinigung sollte nicht mehr unabdingbare Voraussetzung für Entspannung sein. Das führte zu einer deutlichen Klimaverbesserung, der erste schnelle Erfolge zu verdanken waren. Bereits Ende 1966 konnte ein neues Abkommen über den Status der französischen Truppen in Westdeutschland getroffen werden.[50]

Nur: Die strittigen EWG-Fragen waren im Dezember 1966 noch ausgespart worden.[51] Die Krise der EWG aber war nicht überwunden. Formal hatte mit dem Luxemburger Kompromiss vom Januar 1966 zwar die Krise des „leeren Stuhls" been-

[44] Regierungserklärung vom 13. 12. 1966, in: Regierungserklärungen 1949–1973, S. 204–226. Notizen zur Regierungserklärung am 13. 12. 1966, WBA Außenminister, 17.

[45] Brandt auf der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD vom 17. 3. 1967, AdsD Parteivorstand, Parteirat,17. 3. 1967–1. 12. 1967.

[46] Brandt auf der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion vom 6. 2. 1968, AdsD SPD-Bundestagsfraktion, 5. WP.

[47] So noch Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen, S. 134 f. Zur Neuinterpretation vgl. Hiepel, Willy Brandt, Frankreich und Europa zur Zeit der Großen Koalition. Eine differenzierte Analyse auch bei Türk, Die Europapolitik der Großen Koalition.

[48] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 171.

[49] So im Gespräch mit dem französischen Botschafter François Seydoux am 8. 12. 1966, AAPD 1966, S. 1605 ff.

[50] Marcowitz, Option für Paris?, S. 269.

[51] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 58

det werden können und Frankreich nahm, nachdem es seit dem 1. Juli 1965 nicht mehr an den Ratssitzungen teilgenommen hatte, die Arbeit im Ministerrat wieder auf. Doch das Gentlemen's Agreement, nationale Vetos zuzulassen, sofern vitale nationale Interessen berührt waren, bedeutete einen Kompromiss in prozeduralen Fragen, nicht jedoch in inhaltlichen Fragen der Gemeinschaft: die Vollendung des Gemeinsamen Agrarmarktes, die konkreten Mechanismen der Agrarfinanzierung, die Außenhandelspolitik und die Integration der Industriemärkte, nicht zu sprechen von den langfristigen politischen Zielen der Gemeinschaft.[52] Dreh- und Angelpunkt aller Konflikte innerhalb der EWG war jedoch der von de Gaulle nachhaltig verweigerte Beitritt Großbritanniens. Die Sozialdemokratie bewertete das Fehlen Großbritanniens überhaupt als einen „Geburtsfehler" der Gemeinschaft. Als die britische Regierung unter dem Labour-Premier Wilson im November 1966 den grundsätzlichen Beschluss fasste, ein Beitrittsgesuch stellen zu wollen, wurde dies von den Sozialdemokraten und auch von Willy Brandt begrüßt.[53] Angesichts des 1963 an de Gaulles Veto gescheiterten ersten Beitrittsgesuchs und seiner unverändert starren Haltung gegenüber einem britischen Beitritt war zu befürchten, dass de Gaulle das Ansinnen der britischen Regierung erneut zurückweisen würde. Das aber würde die Bundesregierung zwingen, Stellung zu beziehen. Aufgrund der extremen Positionen in der Gemeinschaft hatte Deutschland die Wahl zwischen Freundschaft mit Frankreich und Erweiterung der Gemeinschaft.[54] Um dieser Entscheidung aus dem Weg zu gehen, verhielt sich die Bundesregierung zunächst abwartend und ausweichend. Mit dem offiziellen Beitrittsgesuch vom Mai 1967 wurde eine Positionierung dann aber notwendig. De Gaulle reagierte in zwei Pressekonferenzen am 16. Mai und am 27. November 1967 und in den deutsch-französischen Konsultationstreffen 1967 und 1968. Auch wenn er kein offizielles Veto einlegte, machte er deutlich, dass von französischer Seite keine Zustimmung zur Erweiterung zu erwarten sein würde. Er machte wirtschafts- und währungspolitische Gründe geltend, Großbritanniens Beziehungen zum Commonwealth und seine besonderen politischen Beziehungen zu den USA, die einem Beitritt Großbritanniens zur EWG entgegenstünden.[55]

Willy Brandt befand sich als Außenminister der Großen Koalition und als Vorsitzender der SPD in einer wenig komfortablen Situation. Der britische Beitritt war ein Thema, das in der Partei sehr emotional besetzt war.[56] Für Brandt besaß die Erweiterung der Gemeinschaft Priorität. Er konnte sich in dieser Hinsicht auf den Konsens mit seinen Mitarbeitern im Auswärtigen Amt berufen und des Rückhalts in der öffentlichen Meinung wie auch bei den übrigen EWG-Mitgliedstaaten sicher sein. Allerdings optierten Kiesinger und seine Mitarbeiter im Bundeskanzleramt für eine intensivere politische Zusammenarbeit mit Frankreich. In Anlehnung an die Fouchet-Pläne richtete der Kanzler sein Hauptaugenmerk auf eine politische

[52] Siehe Ludlow, The Eclipse of the Extremes.
[53] Zum zweiten Beitrittsgesuch: Deigthon, The Second British Application; Clemens, Der Beitritt Großbritanniens.
[54] Lahr, Zeuge, S. 472.
[55] Bossuat, De Gaulle et la seconde candidature britannique.
[56] Egon Bahr an Herrn Bundesminister, 7. 7. 1967, betr.: Konsultationsrunde mit dem französischen Staatspräsidenten, WBA Außenminister, 20.

Union. Im vertraulichen Gespräch mit de Gaulle am Rande des Treffens der Staats- und Regierungschefs in Rom, das aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der EWG am 30. Mai 1967 stattfand, versuchte er ohne Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt eine Neuauflage dieser Pläne, scheiterte jedoch vor allem an dem Einspruch der Niederlande.[57] Vor die Alternative: Vertiefung oder Erweiterung der Gemeinschaft gestellt, hätte Kiesinger ohne Zögern für erstere optiert. So soll es der Kanzler gewesen sein, der seinen Außenminister von deutlicheren Stellungnahmen zurückgehalten habe.[58] Doch auch Brandt wollte für die Erweiterung der Gemeinschaft keinen Bruch mit Frankreich riskieren. Vielmehr sah er die Rolle Deutschlands so, dass es der „Versuchung" widerstehen müsse, einen Block der Fünf gegen Frankreich zu bilden, sondern vielmehr dafür Sorge tragen müsse, dass sich die Fronten nicht verhärteten.[59] Innerhalb der Fraktion stieß er mit dieser Strategie auf wenig Gegenliebe. Zwar erkannte Helmut Schmidt, Fraktionschef der SPD-Bundestagfraktion, den Zusammenhang von Ostpolitik der Großen Koalition und den bilateralen Beziehungen mit Frankreich. Aufgrund des Renommees Frankreichs in den osteuropäischen Ländern entzöge man der Ostpolitik „den Boden unter den Füßen, wenn wir mutwillig einen Konflikt zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vom Zaune brechen wollen".[60] Andere – wie der Europapolitiker Klaus-Peter Schulz – drängten darauf, mehr Druck auf Frankreich auszuüben. Härte sollte mit Härte beantwortet werden, da sonst nie Fortschritte in der Gemeinschaft zu erwarten seien.[61] Nicht zu Unrecht wurde argumentiert, dass auch Frankreich sich keine Isolierung innerhalb Europas erlauben könne, wenn es seinen eigenen Forderungen Nachdruck verleihen wolle.

Zwischen Brandt und Kiesinger herrschte jedoch volle Übereinstimmung, dass vorsichtige Diplomatie notwendig sei und man nach pragmatischen Lösungen suchen müsse. Es sei weder gesichert, dass sich de Gaulle in Zukunft nicht bewegen könnte, noch dass es auch auf Seiten Großbritanniens bei der Politik des „Alles oder Nichts" bleibe. Kiesinger deutete an, dass stattdessen „Anpassungslösungen" denkbar wären[62]. So unterbreitete die Bundesregierung Vorschläge zu einer präferentiellen Handelsvereinbarung der EWG mit Großbritannien und einer engeren technologischen Zusammenarbeit.[63] Der behutsame Umgang mit de Gaulles Empfindlichkeiten half zwar, einen Bruch mit Frankreich zu vermeiden. Die Europapolitik der Bundesregierung wurde jedoch in dem Maße angreifbar wie sie sich bemühte, allen Seiten im Konflikt gerecht zu werden. Innerhalb der SPD war Brandts

[57] Gassert, „Wir müssen bewahren, was wir geschaffen haben", S. 159.

[58] So Marcowitz, Option für Paris?, S. 277.

[59] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 197. Ähnlich auch Egon Bahr, Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt: Aufzeichnung vom 30. 11. 1967, betr.: Britischer Beitritt zu den Gemeinschaften; Pressekonferenz de Gaulles vom 27. 11. 1967, AdsD Depositum Egon Bahr, 396.

[60] Protokoll der Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion vom 12. 12. 1967, AdsD SPD Bundestagsfraktion, 5. WP, 80.

[61] Ebd.

[62] Ebd.

[63] Am 27. 9. 1968 von Brandt im Ministerrat vorgestellt. Türk, Europapolitik der Großen Koalition, S. 163 ff. Die prinzipielle Einigung über „arrangements commerciaux" wurde auf dem deutsch-französischen Gipfeltreffen im Februar 1968 zwischen de Gaulle und Kiesinger getroffen. Siehe Vaïsse, La grandeur, S. 587.

diplomatisches Vorgehen umstritten und der Druck auf den Außenminister, entschiedener gegen de Gaulle Stellung zu nehmen, wuchs. Den gleichen Mangel an Durchsetzungsvermögen beklagten die vier weiteren EWG-Partner (Benelux, Italien). Auch Großbritannien fühlte sich in seinem Beitrittsbegehren nicht ausreichend unterstützt, während sich gleichzeitig das Verhältnis zu de Gaulle verschlechterte, dem wiederum Brandts Stellungnahmen zugunsten Großbritanniens zu deutlich waren.[64]

Einen tiefen Einblick in die Psychologie der deutsch-französischen Beziehungen in dieser Phase lassen die Reaktionen der französischen Öffentlichkeit auf die sogenannte Ravensburger Depesche vom Februar 1968 zu. Kritische Äußerungen Brandts zu den deutsch-französischen Beziehungen auf dem Parteitag der baden-württembergischen SPD Anfang Februar in Ravensburg wurden von der Deutschen Presseagentur in sinnentstellender Form verbreitet. De Gaulle fühlte sich durch Brandts vermeintliche, seine Person herabsetzende Äußerungen derart verletzt, dass er Herbert Wehner von einem offiziellen Essen im Élysée-Palast wieder auslud. Zwar hatte Brandt rasch den Übermittlungsfehler aufdecken können. Doch auch die tatsächlichen Ausführungen enthielten Formulierungen, die man zumindest als zweideutig bezeichnen kann. So brachte er seine Hoffnung zum Ausdruck, dass die Verankerung der deutsch-französischen Freundschaft „schon so stark [ist], dass auch unvernünftige Regierungen nicht mehr in der Lage sein werden, daran etwas zu ändern".[65] Für Brandt zählte zu diesem Zeitpunkt eigentlich nur noch, „das deutsch-französische Verhältnis heil durch eine schwierige Periode hindurchzubringen".[66] Tatsächlich bildete die Ravensburger Rede den Auftakt, nicht die Ursache, einer Reihe von deutsch-französischen Verstimmungen, die den Motor vollends außer Funktion setzten. Die Niederschlagung des Prager Frühlings im August 1968 markierte einen Tiefpunkt nicht nur wegen der völlig unterschiedlichen Bewertung der Ereignisse und ihrer Tragweite, sondern vor allem wegen der damit verbundenen Vorwürfe, die Bundesrepublik habe durch die Intensivierung ihrer politischen und wirtschaftlichen Kontakte mit der CSSR den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten mitverursacht. Das Gipfeltreffen vom 27. und 28. September 1968 war von diesen Konflikten überschattet. Es folgte Anfang Februar 1969 das rätselhafte Angebot de Gaulles einer politischen Union mit Großbritannien, in einem geheimen Gespräch mit dem britischen Botschafter Soames präsentiert und von den Briten alsbald den künftigen Partnern übermittelt; schließlich ab Mitte Februar die Politik des „leeren Stuhls" im Ministerrat der WEU, den die *friendly five* aus französischer Sicht missbraucht hatten zur politischen Integration Großbritanniens gleichsam durch die Hintertür.[67]

Brandt hatte bereits im November 1968 die Post-de-Gaulle-Ära im Blick: „Nichts wäre leichter, als auf die Pauke zu hauen und zu sagen, jetzt aber mal Schluss mit

[64] So versuchte die Labour-Regierung unter Premierminister Wilson Druck auf die Bundesregierung auszuüben, Frankreich zu isolieren, was von Brandt zurückgewiesen wurde. Dazu Philippe, „The Germans hold the key".

[65] Zitiert nach Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 159.

[66] So vor der SPD-Bundestagsfraktion, Sitzung vom 6. 2. 1968, AdsD SPD-Fraktionssitzung, 5. WP.

[67] Müller-Roschach, Die deutsche Europapolitik, S. 204. *Friendly five* lautete die Bezeichnung für die fünf pro-britischen Mitglieder der Gemeinschaft.

bestimmten Geschichten. Aber [...] dies muss überlegt werden, wobei man immer nicht nur eine Staatsspitze im Auge haben muss, sondern das Verhältnis zwischen zwei Völkern, und man muss bestimmte Dinge, die sich im Bewusstsein der Völker entwickelt haben, nicht so weit kaputtgehen lassen, dass sie nicht in wenigen Jahren, wenn Regierungen schon anders aussehen können, politisch fruchtbar gemacht werden."[68] Willy Brandt charakterisierte seine und Kiesingers Rolle in der Rückschau als die „gute[r] Makler"[69]. Angesichts der anhaltenden Krise um den EWG-Beitritt Großbritanniens aber konnte daraus kaum eine konstruktive Politik entwickelt werden, zumal auch Brandt und Kiesinger – in prozeduralen Fragen des Umgangs mit de Gaulle zwar einig – sich nicht auf ein gemeinsames europapolitisches Konzept einigen konnten. Für Brandt ging es vornehmlich darum, den erreichten Integrationsstatus zu halten und zugleich die Tür für Großbritannien einen Spalt offen zu halten. Der Rücktritt de Gaulles am 28. April 1969 wurde mit Erleichterung zur Kenntnis genommen.[70]

Dennoch würde man de Gaulle nicht gerecht, wollte man ihn als absoluten Anti-Europäer charakterisieren, der rein nationale Ziele verfolgte. Seine Politik hatte durchaus eine europäische Dimension. Nur hatte sich de Gaulle zum einen mit seiner Europapolitik dank der Absage an den britischen EWG-Beitritt, der Politik des „leeren Stuhls" und des Austritts aus der NATO derart ins Abseits manövriert, dass dies von den Zeitgenossen kaum noch wahrgenommen wurde. Zum anderen waren de Gaulles Europavorstellungen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre immer weniger mit den Zielen der übrigen Mitglieder kompatibel, da sie sich in der Tradition der Fouchet-Pläne bewegten.[71] Insofern ging es tatsächlich weniger um Sachfragen als vielmehr um grundsätzlich unterschiedliche europapolitische Konzeptionen. Für de Gaulle sollte sich der europäische Zusammenschluss eben nicht auf den wirtschaftlichen Gemeinsamen Markt, unter Ausnutzung seiner Vorteile wie Handelspräferenzen und Marktordnungen, beschränken. Unter diesen Voraussetzungen hätte bereits zu einem früheren Zeitpunkt bspw. die Agrarfinanzierung als Hebel benutzt werden können, um de Gaulle Zugeständnisse in anderen Bereichen abzuringen. Dort aber, so erkannte bereits im Januar angesichts der Krise des „leeren Stuhls" die Europaparlamentarierin der SPD, Käte Strobel, könne man bei de Gaulle nicht ansetzen, da dieser grundsätzlich nicht fiskalisch denke.[72] Das Denken in fiskalisch-ökonomischen Zusammenhängen sollte dann für seinen Nachfolger charakteristisch sein und Anknüpfungspunkte für eine europäische Initiative bieten.

[68] Brandt auf der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD vom 1. und 2. 11. 1968, AdsD Parteivorstand, Parteirat, 2. 11. 1968 – 3. 3. 1969.

[69] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 205.

[70] Brandt auf der Sitzung des SPD-Parteivorstandes vom 16. 5. 1969, AdsD Parteivorstand, Parteirat, 4. 3. 1969 – 16. 5. 1969.

[71] Siehe zu einer Neubewertung der Europapolitik de Gaulles Loth, De Gaulle und die europäische Einigung sowie ders., De Gaulle und Europa: Eine Revision.

[72] SPD-Fraktionssitzung vom 25. 1. 1966, AdsD SPD-Bundestagfraktion, 5. WP, 12; Wilkens, Willy Brandt und die europäische Einigung, hier: S. 178, hingegen betont die ökonomischen Interessen de Gaulles am Gemeinsamen Markt. Überspitzt bei Moravcsik, The Choice for Europe, wonach de Gaulle rein agrarische Interessen mit der EWG verband, die vom Grandeur-Pathos lediglich überdeckt wurden.

2. Georges Pompidou, Deutschland und Europa

„Für mich ist Europa wie eine Ehe [...]. Nur, dass es eine Ehe zu Sechst oder zu Zehnt ist. Liebe kann nicht ihre Grundlage sein."[73] Dieses Zitat bringt treffend Pompidous Haltung zur *construction européenne* zum Ausdruck. Europa war für ihn in erster Linie ein Zweckbündnis, dessen Basis zwar das Gelöbnis ewiger Treue bildete – in guten wie in schlechten Zeiten. Zusammengehalten aber wurde diese Gemeinschaft für ihn nicht von Leidenschaft und Emotion, sondern in erster Linie von gemeinsamen Interessen, die sich zu sechst oder zu zehnt besser verwirklichen ließen als im nationalen Alleingang. Nicht ambivalent, nicht ambitiös, nicht hoffnungsvoll, sondern schlicht pragmatisch mit einer für ihn typischen Portion Zynismus – so lässt sich Georges Pompidous Verhältnis zur europäischen Integration auf den Punkt bringen. Es verwundert daher nicht, dass er als Europapolitiker vor seinem Amtsantritt als französischer Staatspräsident am 15. Juni 1969 eigentlich keine Kontur besaß. Anders als Willy Brandt, anders aber auch als sein großer Mentor Charles de Gaulle, die beide im Exil überraschend ähnlich lautende Pläne für eine europäische Nachkriegsordnung (mit)formuliert hatten[74], interessierte sich der 1911 geborene Pompidou nicht für visionäre Europa-Entwürfe. Im Gegenteil, nichts wies überhaupt auf ein größeres politisches Interesse des hochbegabten jungen Mannes aus der Auvergne hin. Nach dem Studium an der École normale supérieure, wo er alte Philologien und französische Literatur studiert hatte, erhielt er eine Anstellung als Lehrer zunächst in der französischen Provinz, in Marseille, und schließlich 1938 in Paris. Krieg und Besatzung überstand er als Lehrer am angesehenen Gymnasium Henri IV. Seinem früheren Liebäugeln mit der französischen Linken setzte eine Studienreise ins nationalsozialistische Deutschland 1933 ein Ende. Dort gewann er die Überzeugung, dass dem Nationalsozialismus mit einer pazifistischen Strategie nicht beizukommen sei. Dennoch beteiligte er sich nicht aktiv an der Résistance gegen die deutschen Besatzer.[75]

Charles de Gaulle, den Vertreter des Freien Frankreichs, erblickte er erstmals als er mit Tausenden Franzosen in der Menge stand, die dem General am 26. August 1944 bei dessen Triumphzug durch das befreite Paris zujubelten. Was ihn aber dann dazu bewegte, in die Nähe de Gaulles zu gelangen – außer vagen Vorstellungen über eine Karriere außerhalb des Schuldienstes – muss unklar bleiben. René Brouillet, ein Klassenkamerad vom Gymnasium, verschaffte ihm einen Posten im

[73] Pompidou in einem Interview in der Zeitschrift Réalités vom Juni 1970, zit.n. Fernschreiben Botschafter Ruete, Paris, 29. 6. 1970, betr. Europa-Politik, hier: Äußerungen des französischen Staatspräsidenten, PAAA B21, 749.

[74] De Gaulle entwickelte als Präsident des Befreiungskomitees und Führer der Provisorischen Regierung im Exil 1944 die Vorstellung, dass der Westen Europas eine „wirtschaftliche Einheit" bilden könnte, die aus Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland und eventuell Italien sowie dem industriellen Schwerpunkt des Deutschen Reiches, dem Rheinland, gebildet werden könnte. So de Gaulle im Oktober 1944, zit.n. Loth, De Gaulle und Europa. Eine Revision, S. 631.

[75] Sein wunder Punkt, wie die wortreichen Erklärungen in seinen posthum veröffentlichten Erinnerungen zeigen: Pompidou, Pour rétablir une verité, S. 28. Er hatte Kontakte zu Mitgliedern des Widerstandes und half jüdischen Bekannten, doch: „Désireux d'agir, redoutant neánmoins l'absurde aventure, je ne trouvais pas la porte qui conduisait à l'action." Vgl. zu Pompidous Biographie Roussel, Georges Pompidou. 1911–1974.

Kabinett des Generals. Anpassungsfähigkeit, herausragende analytische Fähigkeiten und eine diskret effiziente Arbeitsweise führten ihn rasch in die unmittelbare Nähe des Generals. Dieser vertraute ihm die Leitung der Fondation Anne de Gaulle an, einer Stiftung zur Erinnerung an die früh verstorbene Tochter der de Gaulles. 1948, nur wenige Monate nach Gründung des Rassemblement du peuple français (RPF) wurde Pompidou Chef des privaten Kabinetts de Gaulles. Obwohl der einzige enge Mitarbeiter, der nicht bereits mit ihm in London zusammengearbeitet hatte, nahm er nun eine Schlüsselposition zwischen dem General und der gaullistischen Bewegung ein. Sein Gaullismus definierte sich über seine persönliche Treue zu de Gaulle, zu dessen uneingeschränktem Bewunderer er wurde[76], weniger aber über die gaullistische Bewegung. Er galt als ein *gaullist d'un troisième type*: „Treuergeben und dennoch ein wenig skeptisch, loyal aber diskret hinter den Kulissen agierend, ein kluger Berater des Fürsten."[77] Entsprechend misstrauisch begegneten ihm die alten Wegbegleiter de Gaulles.

Seine fehlende Verankerung in der gaullistischen Bewegung dürfte seinen (vorläufigen) Abschied von der Politik motiviert haben. Durch einen Studienfreund in die Familie Rothschild eingeführt, nahm er 1952 das Angebot an, in die Dienste ihrer Bank einzutreten. Dort machte er sich auf die gleiche diskrete und effiziente Weise nützlich, die ihm bereits bei seinem Aufstieg an der Seite de Gaulles geholfen hatte. So wurde er, der Finanzlaie, schon 1956 Generaldirektor der Bank. Den Kontakt zu de Gaulle ließ er auch in dieser Zeit nie abreißen. Er war daher im Mai 1958 zur Stelle, als de Gaulle zum Ministerpräsidenten der IV. Republik bestellt wurde. Sechs Monate leitete er das persönliche Kabinett des Ministerpräsidenten, lehnte es aber ab, als Finanzminister in die erste Regierung der neu gegründeten V. Republik einzutreten. 1961 vertraute der General ihm die Geheimverhandlungen mit der provisorischen Regierung Algeriens in der Schweiz an. Am 14. April 1962 schließlich ernannte de Gaulle ihn zu aller Überraschung zum Ministerpräsidenten. Georges Pompidou, der bis dahin noch nie eine öffentliche Rede gehalten hatte, war der Mehrheit der französischen Wähler nicht bekannt und auch der politischen Klasse war der Name kaum ein Begriff. Pompidou war „weder Mitglied des Parlamentes, noch mit diesem vertraut", wie de Gaulle anlässlich der Ernennung betonte.[78]

Genau das aber war es, was de Gaulle an seinem neuen Premier geschätzt haben dürfte, stärkte es doch seine eigene Position in der V. Republik und ermöglichte es ihm, seine Politik der „freien Hand" *(main libre)* ungestört verfolgen zu können. Der Verfassungstheorie nach wurde der Ministerpräsident zwar vom Präsidenten ernannt, war aber dem Parlament verantwortlich. In der Verfassungspraxis machte de Gaulle daraus ein politisches Amt, dessen Inhaber in erster Linie vom Präsidenten abhängig war. De Gaulle bestimmte die großen Linien der Politik, der Premier musste sich mit der Rolle des Verwalters seiner Politik begnügen.[79] Einen besseren als seinen stets loyalen Zögling Georges Pompidou hätte de Gaulle für eine Amts-

[76] Siehe seine Darstellung dieser Jahre an der Seite de Gaulles in: Pompidou, Pour rétablir une vérité.
[77] Jacques Baumel in: Georges Pompidou: vingt ans après, S. 30; siehe auch die Kapitelüberschrift in Eric Roussel, Georges Pompidou, S. 80 ff.
[78] Pompidou, Vingt ans après, S. 9.
[79] Vaïsse, La grandeur, S. 285 und 304 f. sowie Berstein/Milza, Histoire de la France, IV.

führung nach diesem Verständnis wohl kaum finden können. Dass er überdies zu einem Fachmann für Finanzfragen avanciert war, konnte nicht schaden, war er als Ministerpräsident doch für die Koordinierung der Innen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik zuständig. Die Außenpolitik hingegen entwickelte sich zur *domaine réservée* des Staatspräsidenten. Hatte sich Pompidous Vorgänger, der agile Traditionsgaullist Michel Debré, noch häufig in Bereiche eingeschaltet, die außerhalb seines eigentlichen Wirkungsbereiches lagen, so vor allem in der Außenpolitik, waren Störmanöver nun nicht mehr zu erwarten. Pompidou schien überhaupt kein ausgeprägtes Interesse an Außenpolitik zu haben. Eigentlich hatte er lediglich „einige Auslandsreisen absolviert", so retrospektiv die vieldeutige Aussage des seinerzeitigen Außenministers Couve de Murville zu den außenpolitischen Ambitionen des Ministerpräsidenten.[80]

Bis zur Demission Pompidous am 10. Juli 1968 etablierte sich eine gewisse Arbeitsteilung zwischen dem Präsidenten und seinem Premier, die sich ein wenig überspitzt und simplifizierend auf die Formel bringen lässt, dass de Gaulle sich mit den Problemen Frankreichs beschäftigte und Pompidou mit den Problemen der Franzosen.[81] Eine strikte Trennung zwischen Außen- und Innen- bzw. Wirtschaftspolitik konnte es realiter natürlich nicht geben. Pompidous Wirtschaftspolitik bildete die ökonomische Grundlage der Politik der Grandeur, in deren Namen wiederum de Gaulle Eingriffe in die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung Georges Pompidous rechtfertigte. Insgesamt zeichneten sich die Jahre von 1962 bis 1968 durch eine für französische Verhältnisse bis dato ungewöhnliche politische Stabilität aus, was ihnen die Charakterisierung als die „guten Jahre der gaullistischen Republik" eintrug.[82] Sie wurden begleitet von einem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung, der bereits 1958 eingesetzt hatte und, durchbrochen von den Mai-Unruhen 1968 und deren Folgen, bis zur Ölpreiskrise 1973 anhielt. Pompidous Hauptinteresse galt der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes und hierbei insbesondere der Modernisierung der französischen Industriewirtschaft. Mit dem Abbau von Subventionen, Anreizen für private Investitionen und der Förderung von Fusionen industrieller Betriebe wollte Pompidou auf den europäischen Entwicklungszug aufspringen und die französische Industrie international wettbewerbsfähig machen.[83] Dies blieb ein kontinuierliches Leitmotiv Georges Pompidous über 1968 hinaus und wurde zum Charakteristikum seiner Amtszeit als Staatspräsident.[84] Gleichsam in der Funktion des „patron" des Unternehmens „Frankreich"[85], umgab sich Pompidou zur Sanierung der französischen Wirtschaft mit einem Team junger Technokraten, Absolventen der Grandes Ecoles zumeist, die ihren Mangel an politischer Erfahrung mit Intelligenz und Anpassungsfähigkeit kompensierten und auf eine rasche Karriere in der Politik bauten. Mit diesen „jungen Wölfen"[86] leitete Pompidou bereits während seiner Amtszeit die Öffnung

[80] In einem Interview mit Le Monde, 23. 11. 1988, zit.n. Vaïsse, La grandeur, S. 305.
[81] So Roussel, Georges Pompidou, S. 149.
[82] Berstein/Milza, Histoire de la France, IV, S. 53.
[83] Ebd., S. 158, 160
[84] Siehe den Essay von Debbasch, La France de Pompidou, S. 137 ff.
[85] Roussel, Georges Pompidou, S. 148.
[86] Debbasch, La France, S. 81.

des Gaullismus ein. Wie er selbst verfügten sie nicht über Résistance-Erfahrung, dafür brachten sie einen nüchternen, technokratischen, wenn nicht unpolitischen Zug in die nach wie vor von Traditionsgaullisten wie Michel Debré geprägte gaullistische Bewegung.[87] Dem Gaullismus als Sammlungsbewegung, „eine Art Bouillon mit den unterschiedlichsten Zutaten"[88], fügte er ein entscheidendes Ingredienz hinzu, das zur Verjüngung und Modernisierung beitrug und bereits auf die Post-de Gaulle-Ära verwies.

Pompidous Verhältnis zu Europa war also ein zweckrationales, insofern als er die EWG für sein Projekt ökonomischer Modernisierung benötigte. Dabei konnte er sich durchaus zunächst auf Erfolge stützen, die vor seinem Amtsantritt bereits erreicht worden waren. Charles de Gaulle hatte sich, nachdem er im Juni 1958 die politische Bühne wieder betreten hatte – anders als vielfach befürchtet – dem bereits in Gang befindlichen Einigungsprozess nicht entgegengestellt. Im Gegenteil: durch die Stabilisierung des französischen Franc und die Liberalisierung des Außenhandels wurde Frankreich überhaupt erst in die Lage versetzt, sich am geplanten Gemeinsamen Markt zu beteiligen.[89] So konnte am 1. Januar 1959 die erste Binnenzollsenkung in Kraft treten. Und es war de Gaulle, der in der Gemeinschaft großen Druck ausgeübt hatte, um die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) zu lancieren, die im Januar 1962 mit der Einführung des gemeinsamen Marktes für eine Reihe landwirtschaftlicher Produkte begann.[90] Überschattet wurden diese Erfolge aber nicht allein von der Methode mit der de Gaulle die Einführung der GAP erreicht hatte[91], sondern auch von der Vehemenz, mit der de Gaulle seine Vision eines politischen Europas präsentierte, für das die europäischen Partner wenig Verständnis zeigten. Seit seiner Wahl zum Präsidenten der V. Republik hatte der General seine Idee einer Politischen Union vorgetragen. Im Kern ging es ihm um eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik, die Europa in die Lage versetzen sollte, als unabhängiger Akteur neben den beiden Großmächten in der Weltpolitik auftreten zu können. Dafür war de Gaulle bereit, die im Entstehen begriffene französische Force de Frappe auf atomarer Grundlage als Sicherheitsgarantie zur Verfügung zu stellen.[92] Unabhängig davon wie ernst gemeint diese Option eines eigenständigen politischen Europas gewesen war, krankte de Gaulles Konzeption vor allem daran, dass sie sich in kaum einem Punkt mit den Vorstellungen und Interessen der Partner deckte. Weder die Preisgabe der transatlantischen Sonderbeziehungen und des amerikanischen atomaren Schutzes zugunsten eines höchst zwei-

[87] Michel Jobert, Kabinettschef im Matignon und Élysée, schließlich noch ein knappes Jahr Außenminister. Zu den „jeunes loups" zählte auch Jacques Chirac, dessen Karriere unter Pompidou begann, und die ihn selbst bekanntlich ins höchste Staatsamt führen sollte.

[88] So der Traditionsgaullist Edmont Michelet, zit.n. Debbasch, La France, S. 82.

[89] Der sog. Plan Rueff-Pinay, dazu Grosser, Frankreich und seine Außenpolitik, S. 232 sowie Vaïsse, La grandeur, S. 169.

[90] Knipping, Die Einigung Europas, S. 114 f.

[91] Mit einer Mischung aus Obstruktion und Erpressung: De Gaulle drohte sein Veto einzulegen gegen den Übergang zur zweiten Stufe des Gemeinsamen Marktes, die in den Römischen Verträgen auf den 1. 1. 1962 festgelegt war. Zum außenpolitischen Stil des Generals vgl. grundsätzlich das entsprechende Kapitel bei Vaïsse, La grandeur, S. 284 ff.

[92] Im Februar 1960 war die erste französische Atombombe gezündet worden, was den Auftakt zur atomaren Bewaffnung der französischen Armee bildete. Loth, Geschichte Frankreichs, S. 218.

felhaften französischen Sicherheitsversprechens stießen auf Gegenliebe, noch die Aussicht auf die immanente französische Führungsrolle. De Gaulle verhärtete in dem Maße wie der Widerstand gegen zahlreiche Aspekte des Projektes wuchs, gegen den Ausschluss Großbritanniens und die unverhohlene Ablehnung supranationaler Methoden.[93] Die Pläne für eine politische Kooperation scheiterten nach fast dreijährigen Gesprächen am 17. April 1962 endgültig.

Nachdem de Gaulle hatte erkennen müssen, dass seine Vision einer Politischen Union im Rahmen eines „Europa der Vaterländer" nicht realisierbar war, erlahmte sein Interesse an der Europapolitik und schlug in Obstruktion um. In einer legendären Pressekonferenz vom 15. Mai 1962 schmähte er die Befürworter supranationaler Integration als kulturarme, technokratische „Staatenlose" eines integrierten Volapük-Europas.[94] Innenpolitisch hatte diese Rede den Rücktritt der fünf Minister vom pro-europäischen Mouvement rassemblement du peuple (MRP) zur Folge, die gerade erst am 14. April in die erste Regierung Georges Pompidou eingetreten waren, darunter Pompidous späterer Außenminister Maurice Schumann. Auf europäischer Ebene leitete sie den Beginn einer langen Phase ein, die allgemein durch das Gefühl von Stagnation und Krise geprägt war. Im Januar 1963 legte de Gaulle sein Veto gegen den Beitritt Großbritanniens ein, von Juli 1965 bis Januar 1966 stellte Frankreich die Mitarbeit in der Gemeinschaft ganz ein, im Juli 1966 verabschiedete es sich aus der militärischen Integration der NATO und betrieb nun Détente mit der Sowjetunion auf eigene Faust. Das alles war aber weniger Ausdruck einer dezidiert nationalen Strategie, sondern eher Zeichen einer gewissen Hilflosigkeit, nach dem Scheitern seiner großen Vision zu einer kohärenten Europapolitik zu finden.[95] Vor allem aber trug es dazu bei, das Klima innerhalb der Gemeinschaft nachhaltig zu vergiften.

Die europapolitischen Rahmenbedingungen für Pompidous Wirtschaftsprogramm waren also alles andere als ideal. Die folgenden Jahre wurden aber trotz zahlreicher europäischer Krisen nicht zu verlorenen Jahren für die Gemeinschaft. Auf der Haben-Seite für Frankreich konnte der Ausbau der GAP verzeichnet werden.[96] Die Fusion der Exekutiven von EWG, EGKS und Euratom wurde nach Beendigung der Krise des „leeren Stuhls" zügig umgesetzt, so dass am 1. Juli 1967 die gemeinsame Kommission ihre Arbeit aufnehmen konnte. Im Juli 1968 fielen vorzeitig (noch vor dem von den Römischen Verträgen vorgesehenen Datum) die Zollschranken innerhalb der Gemeinschaft. Auf deutscher Seite wurde in den Krisenmonaten 1965 durchaus gesehen, dass die französische Position weniger monolithisch war, als es die europäischen Beobachter vielfach wahrnahmen. Pompidou wurde als wichtiger Ansprechpartner in der französischen Regierung entdeckt, zu

[93] Überblickshaft zu den Fouchet-Plänen Knipping, Rom, 25. März 1957, S. 127 ff.; knapp und de-Gaulle-kritisch Brunn, Die Europäische Einigung, S. 138 ff. sowie differenzierter Vaïsse, La grandeur, S. 175–191.

[94] „Dante, Goethe, Chateaubriand [...] Ils n'auraient pas beaucoup servi l'Europe s'ils avaient été des apatrides, et s'ils avaient pensé, écrit en quelque ésperanto ou volapük integrés". De Gaulle, Discours et messages 1962–1965, S. 404–409.

[95] Loth, De Gaulle und Europa. Eine Revision; ders., De Gaulle und die europäische Einigung; ähnlich Vaïsse, La grandeur. Zur „Orthodoxie" hingegen die Literatur genannt bei Wilkens, Das Jahrhundert des Generals; zur Auseinandersetzung mit Loth ebd., S. 190 f.

[96] Knipping, Rom. 25. März 1957, S. 162–167; Brunn, Die Europäische Einigung, S. 166–173.

dem die Verbindung stärker gepflegt werden sollte.[97] Gewiss lieferten Pompidous Äußerungen zum Gemeinsamen Markt stärkere Anknüpfungspunkte für eine sachlich fundierte Auseinandersetzung. Im Kern aber stellte Pompidou de Gaulles Außen- und Europapolitik niemals auch nur ansatzweise in Frage. Nach außen war er stets der loyale Interpret und Verteidiger der de Gaulleschen Vision von Frankreichs Grandeur. Zweifel, sollte er sie besessen haben, äußerte er nur vorsichtig und unter vier Augen.[98] Öffentliche Äußerungen, die auf ein eigenständiges Europaprofil hinweisen, das von de Gaulles Konzept abwich, existieren nicht. Zugleich mangelt es an Quellen, Memoiren oder anderen persönlichen Überlieferungen, die darüber Aufschluss geben könnten.[99] Pompidous Biograph begnügt sich mit der Feststellung, dass dieser sicherlich zu allen außenpolitischen Manövern de Gaulles eine Meinung besaß. Konkrete Belege kann auch er nicht liefern und deutet daher ganz allgemein die Zurückhaltung des Premiers mit dessen Wissen um die Gefahr, dass der General ihm eine abweichende Meinungsäußerung nicht verziehen hätte.[100]

Pompidous Beitrag zum politischen Europa war während seiner Amtszeit als Premierminister in der Tat auf den ersten Blick wenig originell. Er verteidigte das französische Atomprogramm mit dessen Doppelfunktion als nationalem Prestigeobjekt des technischen Fortschritts wie auch als neue Sicherheitsgarantie für Europa[101], natürlich ohne Mitbestimmung über den Einsatz nuklearer Waffen.[102] Seine Ansichten zur politischen Organisation Europas wichen nicht einmal graduell von de Gaulles Vorstellungen ab: Die Ausweitung der Kompetenzen von Kommission und Parlament lehnte er entschieden ab. Es dürften nach seiner Überzeugung keine Entscheidung getroffen werden, die nicht durch Wahlen legitimiert seien. Regierungen und nicht Funktionäre müssten im Mittelpunkt gemeinschaftlicher Entscheidungsprozesse stehen.[103] Als ideologischer Überbau diente ihm de Gaulles Vision eines ökonomisch und verteidigungspolitisch unabhängigen *Eu-*

[97] Vgl. die Empfehlung von Sts Lahr in seinem Telegramm an Botschafter Klaiber, Paris, 2. 8. 1965, AAPD 1965, Dok. 314. Erhard schränkte die Empfehlung ein, indem er anordnete, dass vor den Präsidentschaftswahlen, die im Dezember 1965 stattfinden sollten, mit Pompidou nicht über EWG-Fragen gesprochen werden sollte.

[98] So gegenüber Jobert zum Abzug amerikanischer Truppen und Waffen aus Frankreich im März 1966. Jobert, Mémoires d'avenir, S. 151.

[99] Die einzigen persönlichen Aufzeichnungen Pompidous (Pour rétablir une verité und Le noeud gordien) belegen Pompidous Nähe zu de Gaulle und enthalten europapolitisch nichts Erhellendes. Auch die Quellenedition von Bussière/Willaert, Un projet pour l'Europe, gibt keine Anhaltspunkte für eine eigenständige Europakonzeption, obgleich die Herausgeber nuancierte Abweichungen von der Linie des Generals sehen, S. 67–129.

[100] Roussel, Georges Pompidou, S. 195. Er wagte sich nach Einschätzung von Pompidous langjährigem europapolitischem Berater Jean-René Bernard nicht weit vor auf einem Terrain, das der General für sich reserviert hatte. Bernard, Pragmatisme et ambition, S. 47.

[101] Rede vor der Nationalversammlung am 13. 12. 1962, in: Vingt ans après, S. 142.

[102] Pompidou vor der Nationalversammlung am 2. 12. 1964, hier zit.n. AAPD 1964, Dok. 370.

[103] Rede vor Nationalversammlung am 17. 6. 1965, in: Vingt ans après, S. 172. Zielte auf den Vorschlag der Kommission unter Walter Hallstein, die nächste Stufe des Gemeinsamen Marktes für eine Stärkung von Parlament und Kommission zu nutzen. Siehe auch Fernsehinterview Pompidous vom 27. 7. 1965, abgedruckt in: EA 1965, S. D437. Dort weist er den Anspruch der Kommission zurück, „über den Lebensstandard der Franzosen sowie über das Schicksal unserer Industrie und unserer Landwirtschaft zu entscheiden."